

Verwaltungsbericht der Finanzdirektion des Kantons Bern

Autor(en): **Moser, F. / Giovanoli, F.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1962)**

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417653>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

VERWALTUNGSBERICHT
DER
FINANZDIREKTION DES KANTONS BERN
FÜR DAS JAHR 1962

Direktor: Regierungsrat F. MOSER

Stellvertreter: Regierungsrat Dr. F. GIOVANOLI

A. Allgemeines

I.

In der Volksabstimmung vom 4. November 1962 ist der Abänderung des Gesetzes über die direkten Staats- und Gemeindesteuern, die eine Erhöhung der Sozialabzüge brachte, zugestimmt worden. Die verwaltungsinterne Expertenkommission hat die Vorarbeiten für die vorgesehene Gesamtrevision des Steuergesetzes weiter gefördert. Vom statistischen Büro wurde zum gleichen Zweck eine Staatssteuerstatistik an die Hand genommen.

II.

Die Staatsrechnung für das Jahr 1962 schloss bei einem Einnahmenüberschuss der Finanzrechnung von 414 598.83 Franken und einem Ertragsüberschuss der Rechnung über die Vermögensveränderungen von Fr. 616 785.95 mit einem Reinertrag von Fr. 1 031 384.78 ab.

Im Voranschlag war ein Reinaufwand von 3 492 572.— Franken vorgesehen. Das Rechnungsergebnis ist somit um Fr. 4 523 956.78 günstiger als der Voranschlag.

Das reine Staatsvermögen vermehrte sich von Fr. 57 005 623.19 auf Fr. 58 037 007.97.

Über weitere Einzelheiten orientiert der Bericht der Kantonsbuchhalterei.

III.

Die Finanzdirektion weist im Berichtsjahr folgende wichtigeren Erlasse auf:

- a) Gesetz vom 1. April 1962 über das Dienstverhältnis der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung vom 7. Februar 1954 (Abänderung).
Mit der Annahme dieses Gesetzes, das die Nebentätigkeit und die daraus fliessenden Bezüge der Regierungsräte neu ordnete, trat auch das Dekret vom 30. November 1961 über die Besoldungen der Mitglieder des Regierungsrates in Kraft.

- b) Dekret vom 13. September 1962 über die Organisation der Finanzdirektion vom 11. November 1959 (Abänderung).

- c) Gesetz vom 4. November 1962 über die direkten Staats- und Gemeindesteuern (Abänderung).

- d) Dekret vom 15. November 1962 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1962 und 1963 an die Behördemitglieder und das Staatspersonal.

- e) Dekret vom 15. November 1962 über die Gewährung von Teuerungszulagen an die Mitglieder des Regierungsrates für die Jahre 1962 und 1963.

- f) Dekret vom 15. November 1962 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1962 und 1963 an die Rentenbezüger der Versicherungskasse und der Lehrerversicherungskasse.

- g) Verordnung vom 14. Dezember 1962 über die Spesenvergütung der Behördemitglieder und des Personals der Staatsverwaltung.

IV.

Ende 1962 noch nicht ausgeführte Motionen und Postulate:

1. Postulat Cattin betreffend Erhöhung des Steuerabzuges gemäss Art. 39 Ziff. 4 des Steuergesetzes.
Erheblich erklärt am 16. November 1960.

2. Postulat Haller betreffend Teilrevision des Steuergesetzes.
Erheblich erklärt am 13. Februar 1961.

3. Postulat Jaggi betreffend Steuerbefreiung der Invalidenrenten.
Erheblich erklärt am 8. Mai 1961.

4. Postulat Achermann betreffend Teilrevision des Gesetzes über die direkten Staats- und Gemeindesteuern (Anpassung der festen Steuerabzüge an die Teuerung).
Erheblich erklärt am 26. September 1961.

5. Postulat v. Wattenwil betreffend Steuerwert kotierter Wertpapiere.
Erheblich erklärt am 27. September 1961.
 6. Postulat Freiburghaus (Laupen) betreffend Revision von Art. 80 und Art. 83 Abs. 2 des Steuergesetzes.
Erheblich erklärt am 23. November 1961.
 7. Postulat Messer betreffend Besteuerung der AHV-Renten.
Erheblich erklärt am 23. November 1961.
 8. Postulat Tschannen betreffend Revision des Steuergesetzes.
Erheblich erklärt am 23. November 1961.
 9. Postulat Schilling betreffend teilweise Aufhebung des Gesetzes über die Stempelabgaben.
Erheblich erklärt am 23. November 1961.
 10. Postulat Schilling betreffend Revision von Art. 39 Abs. 2 Ziff. 2 des Steuergesetzes.
Erheblich erklärt am 23. November 1961.
 11. Postulat Haltiner betreffend Teilrevision des Steuergesetzes.
Erheblich erklärt am 23. November 1961.
 12. Postulat Wenger (Seftigen) betreffend Revision von Art. 42 des Steuergesetzes.
Erheblich erklärt am 23. November 1961.
 13. Postulat Graber betreffend Aufhebung des Stempelgesetzes mit Ausnahme der Bestimmungen über die Billettsteuer.
Erheblich erklärt am 26. September 1961.
 14. Postulat Witschi betreffend Veranlagung der Liegenschaftsgewinnsteuer.
Erheblich erklärt am 26. September 1961.
 15. Postulat Boss betreffend Besteuerung landwirtschaftlicher Grundstücke bei Veräusserungen zu Bauzwecken.
Erheblich erklärt am 23. November 1961.
 16. Postulat Horst betreffend Verkehrswertschätzungen für Liegenschaften aus Erbmasse.
Erheblich erklärt am 27. Februar 1962.
 17. Postulat Staender betreffend Einführung der Indexklausel im Steuergesetz.
Erheblich erklärt am 15. November 1962.
- Diese Vorstösse werden im Rahmen der Revision des Steuergesetzes geprüft.
18. Postulat Zimmermann betreffend Revision des Dekretes über die Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung.
Erheblich erklärt am 29. November 1961.
 19. Postulat Bühler betreffend Finanzkompetenzen und Einführung des fakultativen Finanzreferendums.
Erheblich erklärt am 15. November 1962.
 20. Postulat Freiburghaus (Laupen) betreffend Finanzkompetenz des Regierungsrates und der Direktionen.
Erheblich erklärt am 15. November 1962.

B. Abteilungen

I. Direktionssekretariat

Im Berichtsjahr traten die beiden Direktionssekretäre, die Herren Dr. Max Wagner und Notar Fritz Stalder, wegen Übernahme anderer Aufgaben zurück. Sie hatten ihr Amt seit 1945 bzw. 1956 mit Auszeichnung versehen. Ihre langjährige wertvolle Mitarbeit sei auch an dieser

Stelle bestens verdankt. Zu ihren Nachfolgern wählte der Regierungsrat Herrn Dr. E. Kupper, bisher Universitätsverwalter, und Herrn Dr. R. Ryser, bisher Fachbeamter des kantonalen Personalamtes.

1. Stempelabgabe und Billettsteuer

a. Kantonale Stempelsteuer

	Voranschlag	Roherträge	
	1962	1962	1961
	Fr.	Fr.	Fr.
Stempelmarken	2 050 000.—	2 242 869.15	2 152 262.30
Stempelpapier	210 000.—	214 998.85	239 379.—
Spielkarten	82 000.—	94 615.—	84 634.—
<i>Total Rohertrag</i>	<u>2 342 000.—</u>	<u>2 552 483.—</u>	<u>2 476 275.30</u>
Hiervon gehen ab:			
Papier- und Druckkosten, Provisionen der Stempelbezüger und Verwaltungskosten	199 750.—	212 766.75	219 441.10
<i>Reinertrag</i>	<u>2 142 250.—</u>	<u>2 339 716.25</u>	<u>2 256 834.20</u>
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag			<u>197 466.25</u>
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr			<u>82 882.05</u>

b. Kantonale Billettsteuer

	Voranschlag	Rechnung	
	1962 Fr.	1962 Fr.	1961 Fr.
Rohrertrag	1 360 000.—	1 413 423.60	1 414 671.24
Abzüglich 20% Gemeindeanteil	272 000.—	282 684.72	282 934.25
<i>Reinertrag</i>	1 088 000.—	1 130 738.88	1 131 736.99
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag			42 738.88
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr			998.11

2. Salzhandlung**Verkaufte Salz mengen****a. Koch- und Tafelsalz**

	1961 kg	1962 kg	Mehr- bzw. Minder- verkauf gegenüber Vorjahr kg
Unjodiert, offen	2 033 050	2 096 100	+ 63 050
Jodiert, offen	5 224 100	5 379 400	+ 155 300
Unjodiert in Kilogrammpaketen	123 475	112 975	— 10 500
Jodiert in Kilogrammpaketen	657 455	687 850	+ 30 395
Fluor- und jodhaltig in Kilogrammpaketen	500 700	536 975	+ 36 275
Gresil in Pfundpaketen	231 600	246 080	+ 14 480
	8 770 380	9 059 380	+ 289 000

b. Andere Salzarten

Badesalz (Meersalzersatz)	138 050	146 400	+ 8 350
Industrie- und Gewerbesalz	4 840 950	6 461 820	+1 620 870
Nitritpökelsalz	471 200	514 450	+ 43 250
Salzsole, ungereinigt	228 823	225 695	— 3 128
Übrige Speziialsalze	71 810	74 140	+ 2 330
	5 750 833	7 422 505	+1 671 672
Portionenpackungen, Stück	96 201	104 704	+ 8 503
Ertrag			
Bruttoertrag	3 771 849	3 979 618	+ 207 769
Unkosten	2 283 092	2 403 910	+ 120 818
<i>Reinertrag</i>	1 488 757	1 575 708	+ 86 951

II. Kantonsbuchhalterei**Personal**

Der Bestand betrug unverändert 10 Personen. Es sind keine Mutationen eingetreten.

Rechnungsführung

Die Einnahmen- und Ausgabenvolumen haben sowohl im Vergleich zur Rechnung 1961 wie zum Voranschlag

1962 erneut bedeutend zugenommen. Trotz der neuen Geschäftsausweitung ging der Zahlungsverkehr reibungslos vor sich. Die Beanspruchung der Kredite wurde laufend überwacht. Im Verkehr mit den Direktionen entstanden keine Schwierigkeiten.

Der Steuervorbezug ergab mit 18,9 Millionen Franken nur einen Mehreingang von Fr. 700 000.— im Vergleich zum Vorjahr.

Dank des positiven Abschlusses der Finanzrechnung 1961 und der Reservestellung von Mitteln für eine mög-

liche Schuldenrückzahlung 1963 sowie dem 1962 laufend etwas stärkeren Eingang von Einnahmen blieb die Beanspruchung der Staats- und Grossbanken unter dem Niveau der letzten Jahre. Es wurden keine neuen Anleihen aufgenommen.

Die Umsätze der Banken- und Postcheckkonten betragen einfach gerechnet 731,5 Millionen Franken bzw. 359,5 Millionen Franken. Der einfache Gesamtverkehr erreichte den Betrag von 3,133 Milliarden Franken gegenüber 2,625 Milliarden Franken im Vorjahr.

Die Gesamtrechnung

Die Gesamtrechnung bietet auch dieses Jahr ein nicht gewöhnliches Bild. Bei allen Teilgebieten der Rechnung ergeben sich im Vergleich zum Voranschlag ganz bedeutende Abweichungen.

Diese Rechnung schliesst bei einem Ertragsüberschuss von Fr. 1 031 384.78 um Fr. 4 523 956.78 besser als der ursprüngliche Voranschlag und um Fr. 48 303 409.14 besser als der durch die Nachkredite ergänzte Voranschlag ab.

In der Finanzrechnung stehen einem um 43,779 Millionen Franken Nachkredite auf 514,784 Millionen Franken ergänzten Ausgabenvoranschlag effektive Ausgaben und Anlagen von 510,791 Millionen Franken gegenüber. Die Minderausgabe beträgt 3,993 Millionen Franken. Dabei sind einerseits für 35,043 Millionen Franken bewilligte Ausgabekredite nicht beansprucht worden, andererseits sind Mehrausgaben von 31,050 Millionen Franken entstanden. Diese Mehrausgaben sind ausschliesslich auf die durch die Besoldungsrevision per 1. Januar 1962 und die Gewährung einer Teuerungszulage bei den Besoldungsauszahlungen entstandenen Kontenverschiebungen sowie auf nicht vorgesehene Zahlungen aus Rückstellungen, für Reserven und für fremde Rechnung zurückzuführen.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden mit 43,779 Millionen Franken um 6,514 Millionen Franken mehr Nachkredite gesprochen. Wir verweisen auf unsere nachfolgenden Ausführungen hierüber.

Die Mehreinnahmen betragen brutto 72,403 Millionen Franken; diesen stehen 3,264 Millionen Franken Mindereinnahmen gegenüber.

Der Voranschlag fusste auf einer Steueranlage von 2,1. Die Mehreinnahmen betragen bei den direkten Steuern 18,000 Millionen Franken und bei den andern Steuern 4,963 Millionen Franken. Im Vergleich zum Vorjahr sind für 7,508 Millionen Franken mehr direkte und für 0,417 Millionen Franken mehr indirekte Steuern in Rechnung gestellt worden. Zum zweiten Male seit 1955 schliesst die Finanzrechnung mit einem bescheidenen Überschuss ab. Das Gleichgewichtsverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben ist 1962 schon wieder wesentlich knapper ausgefallen als 1961.

Die Vermögensveränderungsrechnung weist ansehnliche Zahlenerhöhungen im Vergleich zum Voranschlag auf, nämlich 21,506 Millionen Franken netto an Mehrerträgen und 46,335 Millionen Franken netto an Mehraufwendungen.

Der Voranschlag sah Überträge auf die Sonderrechnung von 27,800 Millionen Franken vor. Tatsächlich wurden 28,054 Millionen Franken auf diese Rechnung über-

tragen, wobei die Zusammensetzung dieser Summe teilweise wesentliche Abänderungen erfahren hat, die in der Folge zur Sprache kommen. Zur Hauptsache sollten sich diese Überträge auf ausgeführte Zahlungen stützen. Für die übertragenden Posten wurden 13,501 Millionen Franken ausbezahlt. Die restlichen 14,553 Millionen Franken stellen Gutschriften an Kreditoren (Versicherungskassen) dar.

Eine Anzahl zum Übertrag auf diese Rechnung vorgesehener Posten wurde entweder nicht oder nicht in der vorgesehenen Höhe ausgeschieden.

Der Steueranlagezehntel beträgt 11,311 Millionen Franken. In gleicher Höhe waren Abschreibungen auf der Sonderrechnung vorzunehmen. 4 Millionen Franken für die Lehrerversicherungskasse und die Versicherungskasse des Staatspersonals wurden direkt von den Aktivkonten abgetragen. Fr. 7 311 440.— plus ein zusätzlicher Betrag von 5 Millionen Franken wurden durch Übertrag auf ein Wertberichtigungskonto für sämtliche übrigen Sonderrechnungsposten indirekt abgeschrieben.

Die Vermögensveränderungsrechnung enthält neben diesen 16,311 Millionen Franken für weitere 6,798 Millionen Franken Abschreibungen auf Debitoren, Darlehen und Eisenbahnkapitalien sowie 6,339 Millionen Franken Wertberichtigungen auf Mobilien, Gerätschaften und Liegenschaften.

Im Betrage des Einnahmenüberschusses sind inbegriffen 3,930 Millionen Franken Schuldenabtragungen auf Anleihen sowie ausgeschiedene Reservestellungen für Schuldenabtragungen von 3,070 Millionen Franken und für die Bezahlung von Elementarschäden von 1 Million Franken.

Im Zusammenhang mit den eingangs erwähnten Mehrausgaben sind für 5,944 Millionen Franken mehr Entnahmen als vorgesehen aus Rückstellungen festzustellen. Dagegen sind zur Hauptsache im Zusammenhang mit Minderausgaben 12,939 Millionen Franken mehr als veranschlagt in zweckgebundene Rückstellungen eingelegt worden. Für diese Vorbelastungen wird die geldmässige Erledigung wie üblich innert kurzer Zeit erfolgen.

Der Voranschlag sah bei einem Ausgabenüberschuss der Finanzrechnung von	Fr.	28 937 568.—
der vergrössert um die gesprochenen Nachkredite von		43 779 452.36
sich erhöhte auf		72 717 020.36
und einem Ertragsüberschuss von		25 444 996.—
einen Reinaufwand vor von		47 272 024.36
während das Budget ohne Einbezug der Nachkredite mit einem Reinaufwand rechnete von		3 492 572.—

Die Finanzrechnung lautet:

Einnahmen	511 206 217.40
Ausgaben	510 791 618.57
Einnahmenüberschuss	414 598.83

an Stelle eines Ausgabenüberschusses von Fr. 72 717 020.36, Nachkredite eingeschlossen, oder eines solchen von Fr. 28 937 568.— ohne Nachkredite.

Im Vergleich zum durch die Nachkredite ergänzten Voranschlag ergibt sich eine Verbesserung von	Fr.	an Stelle eines vorgesehenen Ertragsüberschusses von Fr. 25 444 996.— ergibt sich der nebenstehende Betrag oder im Vergleich zum Voranschlag eine Verschlechterung von	Fr.
	73 131 619.19		24 828 210.05
und im Vergleich zum ursprünglichen Voranschlag eine Verbesserung von	29 352 166.83	Die Rechnung weist Mehrerträge von und Mindererträge von	38 073 316.77
Im Vergleich zum ursprünglichen Voranschlag sind	39 786 810.57	netto Mehrerträge von	16 566 448.—
mehr und im Vergleich zum durch die Nachkredite ergänzten Voranschlag weniger ausgegeben worden.	3 992 641.79	sowie Mehraufwendungen von	21 506 868.77
Es wurden netto um	69 138 977.40	und Minderaufwendungen von	51 915 127.82
höhere Einnahmen erzielt.		netto Mehraufwendungen	46 335 078.82
Die Vermögensveränderungsrechnung ergibt:		im Vergleich zum Voranschlag auf.	
Ertrag	90 417 623.77	Zusammenzug:	
Aufwand	89 800 837.82	Einnahmenüberschuss	414 598.83
Überschuss des Ertrages	616 785.95	Überschuss des Ertrages	616 785.95
		auf Reinvermögenskonto übertragener Reinertrag der Gesamtrechnung 1962	1 031 384.78
		Um diesen Reinertrag erhöht sich das Reinvermögenskonto von Fr. 57 005 623.19 auf Fr. 58 037 007.97 per 31. Dezember 1962	

Die Finanzrechnung

Zusammenstellung der Ausgaben und Einnahmen zur Ermittlung der tatsächlichen Mehr- und Minderausgaben sowie der Mehr- und Mindereinnahmen, unter Ausscheidung der Mehr- und Minderleistungen für fremde Rechnung:

Ausgaben:	Fr.	Fr.
Gemäss Voranschlag		471 004 808.—
Gesprochene Nachkredite		43 779 452.36
Total bewilligte Ausgaben		514 784 260.36
Mehrausgaben gemäss Zusammenstellungen der Kantonsbuchhaltere	31 050 633.24	
Mehrausgaben zu Lasten von Rückstellungen für in früheren Jahren bewilligte Geschäfte (nicht oder nicht genügend veranschlagte Operationen)	5 246 824.42	
Mehrausgaben auf den Besoldungskonten der Dienststellen als Gegenstück zu den beim Personalamt in zwei Posten veranschlagten, nicht ausgegebenen Beträgen der Besoldungsrevision per 1. Januar 1962 sowie der Erhöhung der Teuerungszulagen	13 073 591.35	
Mehrausgaben in Form von 2 ausgeschiedenen Anlagen für die Reserven für Schuldentilgungen und für Elementarschäden	3 000 000.—	
Mehrausgaben für fremde Rechnung Fr. 9 915 749.81, davon Fr. 225 000.— im Nachkreditsverfahren erfasst	9 690 749.81	
Übrige effektive Mehrausgaben (Kreditüberschreitungen unter Fr. 200.— pro Konto für die keine Nachkredite angefordert werden)	39 467.66	31 050 633.24
		545 834 893.60
Minderausgaben auf bewilligten Krediten	35 043 275.03	
Minderausgaben auf Besoldungskonten	12 724 038.35	
Minderbeanspruchung von veranschlagten Krediten aus Rückstellungen	297 570.78	
Minderausgaben auf bewilligten Nachkrediten	1 966 541.26	
Minderausgaben für fremde Rechnung	1 089 733.30	
Übrige effektive Minderausgaben	18 965 391.34	35 043 275.03
	Total Ausgaben	510 791 618.57

Die tatsächlich über die bewilligten Kredite hinaus erfolgten Ausgaben betragen rund 0,389 Millionen Franken, inkl. Besoldungen. Die effektiven Minderausgaben belaufen sich auf 21,229 Millionen Franken.

<i>Einnahmen:</i>	Fr.	Fr.
Gemäss Voranschlag		442 067 240.—
Mehreinnahmen gemäss Zusammenstellungen der Kantonsbuchhalterei	72 403 181.38	
Mehreinnahmen für fremde Rechnung	9 915 749.81	
Mehreinnahmen aus direkten Steuern, Steuerverwaltung	18 000 391.72	
Mehreinnahmen aus indirekten Steuern, Steuerverwaltung	4 963 083.30	
Übrige effektive Mehreinnahmen	39 523 956.55	72 403 181.38
		514 470 421.38
<i>Mindereinnahmen</i>	3 264 203.98	
Mindereinnahmen für fremde Rechnung	1 089 733.30	
Effektive Mindereinnahmen	2 174 470.68	3 264 203.98
	<i>Total Einnahmen</i>	<u>511 206 217.40</u>

Die tatsächlichen Mehreinnahmen betragen 62,488 Millionen Franken und die Mindereinnahmen 2,174 Millionen Franken.

Für 1962 ergibt sich eine Nettoeinnahmensteigerung für eigene Rechnung von 60,314 Millionen Franken gegenüber einer solchen von 63,009 Millionen Franken im Jahr 1961.

1962 entfallen auf Steuermehreinnahmen 22,963 Millionen Franken, während es für 1961 36,714 Millionen Franken im Vergleich zum Voranschlag waren. Dagegen betragen 1962 die Mehreinnahmen auf übrigen Ertragsarten 37,350 Millionen Franken netto. 1961 beliefen sich diese auf netto 26,295 Millionen Franken.

Wir wiesen eingangs darauf hin, dass die Kreditkontrolle laufend, und streng durchgeführt wurde. Immerhin waren wir bei einzelnen Dienststellen infolge der dort

bestehenden Verhältnisse gezwungen, auf sofortige Nachkreditanforderungen zu verzichten und mit diesen bis zum Jahresende zuzuwarten. Es ist notwendig, dass einzelne Direktionen sich mit den ihnen anfallenden Verpflichtungen rascher und präziser auseinandersetzen.

Das Nachkredittotal beträgt wie schon berichtet 43,779 Millionen Franken. Dieser Betrag muss als hoch erscheinen, und es ist angezeigt, mindestens auf zwei darin enthaltene Elemente besonders hinzuweisen:

Es sind dies 10,300 Millionen Franken für Ausgaben im Nationalstrassenbau wegen der um 9 Monate verspätet erfolgten Einsetzung des Bundes als Hauptzahlstelle; der Betrag ist durch Mehreinnahmen wettgemacht. 5,300 Millionen Franken für die nachträglich bewilligte Teuerungszulage von 3½ % an Staatspersonal und Lehrerschaft.

Das Nachkredittotal von 43,779 Millionen Franken kann in grossen Zügen wie folgt aufgeteilt werden:

Mehrausgaben im Zusammenhang mit Mehreinnahmen oder Minderausgaben bei andern Konten	Fr.	17 253 830.68
Auf gesetzlicher Grundlage oder Volksbeschlüssen beruhende Mehrausgaben		13 168 073.32
Ankäufe von Forsten		67 100.—
Behörde- und Personalkosten		6 088 051.87
Übrige Betriebs- und Sachausgaben		7 202 396.49
nämlich:	Fr.	
Ausbildung von Lehrkräften und Unterricht	445 000.—	
Beiträge an verschiedene Institutionen	506 000.—	
Ausbau und Unterhalt von Strassen und Wegen	1 660 000.—	
Gebäudeunterhaltskosten	618 000.—	
Kosten in Strafsachen	181 000.—	
Ankauf und Unterhalt von Maschinen und Werkzeugen	1 484 000.—	
Subventionen für Frostschäden	185 000.—	
Subventionen im Forstwesen	258 000.—	
Büroauslagen, Druck- und Buchbinderkosten	237 000.—	
Nahrung	176 000.—	
PTT-Gebühren	162 000.—	
Kleider, Wäsche, Wäscherei	170 000.—	
Reinigung, Heizung	356 000.—	
Versicherungsprämien	80 000.—	
Übrige Betriebs- und Sachausgaben	684 000.—	
	<u>7 202 000.—</u>	
	Total	<u>43 779 452.36</u>

Im Hinblick auf die allseitig starken Abweichungen erscheint es nicht als angezeigt, das Element Nachkredite nur für sich allein, losgelöst von allen übrigen Erscheinungen und einfach als Mehrausgaben im üblichen Sinne zu betrachten.

Die gesprochenen Nachkredite sind mit 1,966 Millionen Franken nicht ausgegeben worden. Davon wurden 1,302 Millionen Franken zurückgestellt und 0,664 Millionen Franken sind verfallen. Die Minderausgabe ist in dem bei der Finanzrechnung angegebenen Minderausgabenbetrag von 35,043 Millionen Franken inbegriffen.

Wir ersehen aus den vorstehenden Zahlenangaben, dass sich für die Besoldungen die Mehr- und Minderausgaben bis auf einen Betrag von rund Fr. 350 000. — (Mehrausgaben) die Waage halten.

In wesentlichem Ausmass bilden die Mehreinlagen in Rückstellungen das Gegenstück zu den übrigen effektiven Minderausgaben. Wir verweisen auf unsere Ausführungen auf Seite 234 und die Zahlenangaben auf Seite 235.

Die Gesamtabweichungen der Finanzrechnung 1962 zu den entsprechenden Rechnungen der beiden Vorjahre betragen:

	in Millionen Franken			Abweichung 1962 zu	
	1960	1961	1962	1960	1961
Ausgaben	420,635	466,869	510,791	+ 90,156	+ 43,922
Einnahmen	402,905	469,137	511,206	+ 108,301	+ 42,069
Ausgabenüberschuss	17,730			— 18,145	
Einnahmenüberschuss		2,268	0,415		— 1,853

Die Finanzrechnung 1962 schliesst um 18,145 Millionen Franken besser ab als die von 1960 und um 1,853 Millionen Franken schlechter als die von 1961.

Die Ausgaben

Mehrausgaben: Nachdem die in der Rechnung erscheinenden Überschreitungen gemäss den Ausführungen auf Seite 235 zur Hauptsache nur noch aus Zahlungen zu Lasten von Rückstellungen, aus verschobenen Zahlungen für Besoldungen, der Mittelausscheidung für 2 Reserven sowie aus Zahlungen für fremde Rechnung bestehen, kann auf eine Wiedergabe der Mehrausgaben verzichtet werden.

Für die Begründungen, die zu dem hievorigen angegebenen Nachkreditbetrag geführt haben, verweisen wir auf die detaillierten Nachkreditvorlagen sowie auf unsere Zusammenfassung auf Seite 236.

Die Gesamtkosten für die Behörden, das Personal, die Lehrer und die Rentner inkl. Versicherungsleistungen betragen für 1962 Fr. 181 758 482.47. Veranschlagt waren sie mit Fr. 176 542 948. — oder mit Fr. 5 215 534.47 weniger. Im Gesamten wurden für die Kostengruppe 6 (Personalausgaben) 6,088 Millionen Franken Nachkredite gesprochen. Das so festgelegte Kostentotal wurde durch wesentlich geringere Barleistungen von 0,866 Millionen Franken an die beiden Hauptversicherungskassen nicht erreicht. Diese Zahlen schliessen die rein auf dem Gut-schriftswege in der Vermögensveränderungsrechnung erfolgten Operationen zugunsten der staatlichen Versicherungskasse und einer Rückstellung für die Lehrerversicherungskasse nicht ein.

Die *Minderausgaben* belaufen sich gemäss Zusammenstellung auf Seite 235 auf 21,229 Millionen Franken.

Die hauptsächlichsten Minderausgaben sind entstanden bei (in Millionen Franken):

Arbeitsamt: Wohnungssanierung in Berggebieten, Wohnbauten für kinderreiche Familien	0,298
Versicherungsamt: Staatsbeiträge an Krankenkassen	0,323
Familienausgleichskasse: Kinderzulagen an Arbeitnehmer	1,564

Sanitätsdirektion:

Impfstoffe und Tbc-Beiträge	0,274
Baubeträge an Bezirksspitäler	1,496

Polizeidirektion: Mobiliaranschaffungen Hindelbank 0,224

Finanzdirektion:

Verzinsung Kontokorrentschulden und Zinsvergütungen auf Steuern	0,930
Versicherungskasse, Staatsbeiträge	0,563
Liegenschaftsverwaltungen, Ankäufe von Domänen	2,052

Erziehungsdirektion:

Besoldungsanteil Progymnasien, Sekundarschulen und Primarschulen, Staatsbeitrag an Lehrerversicherungskasse	1,147
Beiträge an Kliniken Inselspital	0,476
Hochbau: Neubauten Insel- und Tierspital	0,660

Tiefbau:

Verbindungs- und Alpenstrassen, Wasserbauten, Trinkwasser- und Abwasseranlagen	1,715
Juragewässerkorrektur	1,509

Fürsorge:

Ausgaben innerhalb und ausserhalb des Konkordates, Beiträge an vorübergehend Unterstützte und Beitrag an AHF der Gemeinden	2,246
Baubeträge an Fürsorgeanstalten	1,130

Die Einnahmen

Die *Mehreinnahmen* betragen brutto 62,488 Millionen Franken gemäss Zusammenstellung auf Seite 236.

Die *direkten Steuern* wurden mit 220,570 Millionen Franken veranschlagt. In Rechnung gestellt wurden 238,570 Millionen Franken nach Abzug von 2,978 Millionen Franken Korrekturen aus Einsprachen und Rechtsentscheiden.

Die hauptsächlichsten Mehreinnahmenposten sind (in Millionen Franken):

Einkommenssteuern natürlicher Personen	7,974
Gewinnsteuer AG und GmbH	2,357

Vermögensgewinnsteuer	5,016
Vermögenssteuer natürlicher Personen	2,004

Die *ändern Steuern* ergaben bei einer Budgetierung von 23,500 Millionen Franken eine Rechnungsstellung von 28,463 Millionen Franken. Mehreingänge weisen auf: die Wehrsteuer 2,294 Millionen Franken und die Erbschafts- und Schenkungssteuer 2,669 Millionen Franken. Bei der Wehrsteuer entfallen 0,494 Millionen Franken auf Eingänge aus früheren Jahren und 1 Million Franken auf den Finanzausgleich unter Kantonen.

Gemäss unserer Zahlendarstellung auf Seite 236 entfallen brutto 39,524 Millionen Franken Mehreinnahmen auf andere Ertragsarten als auf Steuern.

Die *hauptsächlichen Posten sind* (in Millionen Franken):

Versicherungsamt: Gemeindebeiträge an die Invalidenversicherung	0,343
Ausgleichskasse: Verwaltungskostenbeiträge	0,274
Familienausgleichskasse: Arbeitgeberbeiträge	1,561
Sanitätsdirektion: Kostgelder und Untersuchungseinnahmen, Heil- und Pflegeanstalten	1,611
Grundbuchämter: Pfandrechtsabgaben und Gebühren	1,529
Polizeidirektion: Fremdenpolizei und Passgebühren	0,461
Strassenverkehrsamt: Motorfahrzeugsteuern und Gebühren	1,723
Finanzdirektion:	
Zinse von Vorschüssen	0,528
Anteil eidgenössische Stempelabgaben	0,961
Anteil eidgenössisches Alkoholmonopol	1,156
Gerichtsbussen und Ersatz	0,641
Salzverkauf und Stempelmarken	0,584
Gemeindesteuern-Finanzausgleichsfonds	0,265
Verkauf von Domänen (Jura)	2,594
Erziehungsdirektion: Universität, Untersuchungseinnahmen und Kostenrückerstattungen	0,479
Baudirektion:	
Anteil Benzin Zoll	0,234
Konzessionen, Bewilligungen und Kostenrückerstattungen für Strassenplanung	0,570
Bundesbeitrag Haupt- und Alpenstrassen	1,272
Bundesbeitrag Nationalstrassen bis 30. September 1962	12,026
Forstdirektion: Holzerlös	2,872
Landwirtschaftsdirektion: Bundesbeiträge an Förderung Landwirtschaft im allgemeinen	1,215
Tierseuchenkasse: Erlös aus Tierverlusten und Bundesbeiträge an Tierseuchenbekämpfung	1,442
Fürsorgedirektion: Bundesbeitrag an AHF und Einnahmen ausserhalb des Konkordates	0,450
<i>Die Mindereinnahmen, siehe Seite 236, betragen 2,174 Millionen Franken. Hauptposten in Millionen Franken:</i>	
Versicherungsamt: Gemeindebeiträge an Krankenkassen	0,108

Strassenverkehrsamt: Abgaben (Zusammenlegung, siehe Mehreinnahmen)	0,570
Kriegskommissariat: Erlös aus Konfektion und Bekleidung	0,304
Liegenschaftsverwaltung: Verkauf von Rechten	0,142
Hochbau: Bundesbeiträge für eigene Rechnung	0,149
Tierseuchenkasse: Gemeindebeiträge an Tbc-Bekämpfung	0,103
Fürsorgedirektion: Einnahmen im Gebiet des Konkordates	0,091

Für sämtliche Einzelheiten der Finanzrechnung wird auf die gedruckte Staatsrechnung verwiesen.

Die Rechnung der Vermögensveränderungen

Wie üblich zeigt diese Rechnung, hauptsächlich als Folge von Mehr- oder Minderausgaben sowie der Gesamtlage der Finanzrechnung, ziemlich bedeutende Abweichungen im Vergleich zum Voranschlag.

Ertrag: Mehrertrag	+ 38,073 Millionen Franken
Minderertrag	— 16,566 Millionen Franken
Netto-Mehrertrag	<u>+ 21,507 Millionen Franken</u>

Zunahme der Debitoren und Beteiligungen, Mehrzunahme 24,069 Millionen Franken, Mindereinnahme 11,657 Millionen Franken, Netto-Mehrzunahme 12,412 Millionen Franken.

Finanzdirektion:	
Anlagekonto der Reserve für Schulden-tilgungen	+ 3,070
Anlagekonto der Reserve zur Bezahlung von Elementarschäden	+ 1,000
Staatliche Versicherungskasse, Einkauf der TZ der Rentner in die Renten (Operation 1961) Sonderrechnung	+ 11,667
Eisenbahndirektion: Neuordnung der Kapital- und Darlehensbeteiligungen des Staates bei verschiedenen bernischen Privatbahnen	+ 7,128
Tiefbauamt: Bundesbeiträge im Zusammenhang mit Rückstellungen	+ 0,408
Fürsorgedirektion: Aktivierung Darlehen Schulheim Rossfeld	+ 0,680
Finanzdirektion: Versicherungskasse, geringerer Einkaufsbetrag aus Besoldungsrevision 1962, Sonderrechnung	— 2,520
Erziehungsdirektion: Lehrerversicherungskasse, geringerer Einkaufsbetrag aus Besoldungsrevision 1962, Sonderrechnung	— 0,194
Hochbauamt: Sonderrechnung, geringere Überträge für Insel, Anstalt Hindelbank und Tierspital zum Teil durch Minderausgaben, zum Teil durch Aktivierung der Liegenschaften	— 1,748
Tiefbauamt: Minderausgaben 2. Juragewässerskorrektur, Sonderrechnung	— 1,509
Eisenbahndirektion: Geringere Aktivierung für technische Verbesserungen, Sonderrechnung	— 0,428

Finanzdirektion: Nichtauszahlung der Kapitalien Wohnbau AG und Grosse Schanze AG	— 0,210
Erziehungsdirektion: Nichtaktivierung auf Sonderrechnung der Ausgaben für Schulhausbauten	— 5,000
<i>Abnahme der Kreditoren, Mehrabnahme 1,648 Millionen Franken, Netto-Mehrabnahme 1,639 Millionen Franken.</i>	
Finanzdirektion:	
Mehrabnahme eidgenössischer Steuern	+ 0,243
Versicherungskasse, hier nicht budgetierte Abnahme der Schuld aus Einbau TZ in Renten, Quote 1962	+ 1,300
Auflösung Arbeitsbeschaffungsreserven	+ 0,105
<i>Zunahme der Mobilien und Gerätschaften, Mehr = Nettomehrzunahme 0,788 Millionen Franken.</i>	
Mehranschaffungen der Zentralverwaltung und der Anstalten	+ 0,788
<i>Zunahme der Domänen, Minder = Nettominderzunahme 3,766 Millionen Franken.</i>	
Weniger Neuschätzungen, zum Teil Verschiebungen ins Jahr 1963. Nichtaktivierung der provisorischen Schätzungen	— 3,766
<i>Zunahme der Warenvorräte, Mehr = Nettomehrzunahme 1,761 Millionen Franken.</i>	
Kriegskommissariat Mehrzunahme	+ 0,581
Zentral- und Bezirksverwaltung Mehrzunahme	+ 0,653
Staatsanstalten Mehrzunahme	+ 0,526
<i>Entnahmen aus dem Zweckvermögen, Mehrentnahmen 3,804 Millionen Franken, Minderentnahmen 1,005 Millionen Franken, Nettomehrentnahmen 2,799 Millionen Franken.</i>	
Tierseuchenkasse	+ 1,990
Unterstützungsfonds Armen- und Krankenanstalten (in Rückstellung)	+ 0,530
Naturschadenfonds	+ 0,562
Gemeindeunterstützungsfonds	+ 0,354
Tbc- und Poliofonds	— 0,322
Fonds für Verbesserungen im Strafvollzug	— 0,243
Finanzausgleichsfonds Hauptfonds	— 0,251
<i>Entnahmen aus Rückstellungen, Mehrentnahmen 5,997 Millionen Franken, Minderentnahmen 0,053 Millionen Franken, Nettomehrentnahmen 5,944 Millionen Franken.</i>	
Sanität: Baubeiträge an Bezirksspitäler	+ 0,995
Polizei: Verschiedene Anstalten	+ 0,291
Erziehung: Universität, Seminarier und Schulhausbauten	+ 1,337
Hochbau: diverse Projekte	+ 0,870
Tiefbau: diverse Projekte	+ 0,193
Meliorationsamt: diverse Projekte	+ 0,972
Fürsorge: Baubeiträge an Heime und Darlehen	+ 1,033

Aufwand: Mehraufwand	= 51,915 Millionen Franken
Minderaufwand	= 5,580 Millionen Franken
Netto-Mehraufwand	<u>= 46,335 Millionen Franken</u>

Abnahme der Debitoren und Beteiligungen, Mehrabnahmen 4,690 Millionen Franken, Minderabnahmen 0,365 Millionen Franken, Nettomehrabnahme 4,325 Millionen Franken.

Tiefbau: Rückbuchung der in der Finanzrechnung eingegangenen Bundesbeiträge auf Rückstellungen für Haupt- und Alpenstrassen + 0,375

Eisenbahnen: Neuordnung der Kapital- und Darlehensbeteiligungen bei verschiedenen bernischen Privatbahnen. + 4,310

Sanität: Minderabnahme im Vergleich zum Voranschlag des Schuldsaldos des Tbc- und Poliofonds — 0,356

Zunahme der Kreditoren, Mehrzunahme 11,685 Millionen Franken, Minderzunahme 4,142 Millionen Franken, Nettomehrzunahme 7,543 Millionen Franken.

Finanz, Versicherungskasse: Einbau der TZ der Rentner in die Renten, Operation 1961 + 11,667

Do. Geringere Gutschrift an die Kasse für den Einbau der Besoldungsrevision vom 1. Januar 1962 — 2,521

Erziehung, Lehrerversicherungskasse: Per Jahresende 1962 nicht vorgenommene Gutschrift an die Kasse für den Einbau der Besoldungsrevision per 1. April 1962 (dagegen Schaffung einer Rückstellung im Betrage von 1,3 Millionen Franken) — 1,500

Abnahme der Domänen, Mehr = Nettomehrabnahme 0,688 Millionen Franken.

Liegenschaftsverwaltung, grössere Verkäufe als vorgesehen (Freiberge) + 0,688

Abreibungen auf Debitoren und Beteiligungen und auf Sonderrechnung, Mehrabreibungen 11,614 Millionen Franken, Minderabreibungen 0,926 Millionen Franken, Nettomehrabreibung 10,688 Millionen Franken.

Finanz:

Zusätzliche Wertberichtigung auf Sonderrechnung + 5,000

Minderbetrag der ordentlichen Wertberichtigung auf Sonderrechnung aus Steuerzehntel — 0,489

Minderabreibungen auf Steuern — 0,270

Nicht veranschlagte Wertberichtigung 1962 entsprechend der Abzahlungsquote 1962 auf der Schuld an die Versicherungskasse aus Einbau der TZ der Rentner in die Renten + 1,300

Eisenbahnen: Neuordnung der Kapital- und Darlehensbeteiligungen des Staates bei verschiedenen bernischen Privatbahnen (siehe auch Abschnitte Zunahmen und Abnahmen der Debitoren und Beteiligungen) + 4,353

Fürsorge: Nicht vorgesehene Wertberichtigung auf 2 Darlehen + 0,808

Abschreibungen auf Mobilien, Gerätschaften und Liegenschaften, Mehr = Nettomehrabschreibungen 2,887 Millionen Franken.

Staatsanstalten und Zentralverwaltung, Mehrabschreibungen	+ 0,248
Liegenschaftsverwaltung: Abschreibung des Zuwachses an unabträglichen Liegenschaften	+ 2,639

Einlagen in zweckgebundenes Staatsvermögen, Mehreinlagen 4,229 Millionen Franken, Mindereinlagen 0,095 Millionen Franken, Nettomehreinlagen 4,134 Millionen Franken.

Finanz: Finanzausgleichsfonds Hauptfonds	+ 1,366
Forst: Reservefonds der Staatsforstverwaltung (inkl. Übernutzung)	+ 1,213
Tierseuchenkasse: Tierseuchenfonds	+ 1,362

Einlagen in Rückstellungen, Mehr = Nettomehreinlagen 12,939 Millionen Franken.

Volkswirtschaft: Vermehrte Rückstellungen für Beiträge an Berufsschulbauten, Wohnungssanierungen in Berggebieten sowie für Techniken; Wegfall einer Rückstellung für Wohnbauten für kinderreiche Familien	+ 0,241
Sanität: Baubeiträge an Bezirksspitäler . .	+ 1,632
Polizei: Vermehrte Rückstellungen für Erziehungs- und Strafanstalten, hauptsächlich für Mobilien Hindelbank	+ 0,430
Militär: Baubeiträge an den zivilen Luftschutz	+ 1,394
Liegenschaftsverwaltung: Landkauf für Tierspital	+ 2,000
Finanz: Kapitalerhöhung Wohnbau AG . .	+ 0,100
Erziehung: Rückstellungen für Universität und Seminarien	+ 0,249
Lehrerversicherungskasse für den Einbau der Höherversicherungen aus Besoldungsrevision vom 1. April 1962	+ 1,300
Tiefbauamt: Verschiedene Vorhaben, hauptsächlich in den Tiefbaukreisen 1 und 3 . .	+ 2,232
Landwirtschaft: Hauptsächlich für Meliorationen	+ 2,017
Fürsorge:	
Neuschaffung einer Rückstellung an Stelle des früheren Fonds für Kranken- und Armenanstalten	+ 0,580
Baubeiträge an verschiedene Heime und Anstalten	+ 0,708

Einlagen in Reserven, Mehreinlagen 3,182 Millionen Franken, Netto-Mehreinlagen 3,180 Millionen Franken.

Volkswirtschaft: Krisenreserve Arbeitsamt.	+ 0,069
Finanz:	
Aus Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft	+ 0,104
Reserve für Schuldentilgungen	+ 2,000
Reserve für die Bezahlung von Elementarschäden	+ 1,000

Für alle Einzelheiten der Vermögensveränderungsrechnung verweisen wir auf die gedruckte Staatsrechnung.

Vermögensrechnung

Auf die vollständige Wiedergabe der Bilanz des Staatsvermögens wird hier verzichtet, da sie in vollem Umfang in der gedruckten Staatsrechnung enthalten ist. Wir verweisen auf die dort aufgeführten Zusammenstellungen.

Wie üblich stimmen die Umsatzzahlen der Verkehrsbilanz für Mobilien, Waren, Rückstellungen und Reserven mit den Zahlen der Vermögensveränderungsrechnung nicht genau überein. Die Vermögensveränderungsoperationen der Staatsanstalten werden in den Umsätzen der Verbindungskonten und nicht in denen der vorgenannten Bilanzkonten ausgewiesen. Aus Zweckmässigkeitsgründen werden auch nicht alle Warenankäufe über die Finanzrechnung und von dort über die Vermögensveränderungsrechnung in die Bilanz geleitet. Vereinzelt Verhandlungen gelangen vorerst in die Bilanz und von dort in die Finanzrechnung.

Übersicht einzelner Positionen der Vermögensrechnung:

Aktiven:

<i>a) Debitoren (Kontokorrente, Darlehen und Vorschüsse)</i>		Fr.
Stand am 1. Januar 1962	140 836 688.63	
Stand am 31. Dezember 1962	150 843 051.59	
<i>Sie haben per 31. Dez. 1962 zugenommen</i>	<u>10 006 362.96</u>	

Die Konten des Eidgenössischen Kassen- und Rechnungswesens, der Debitoren der Staatsanstalten, der Zins-, Beitrags- und hauptsächlich der Steuerausstände ergeben den Bilanzbetrag, wobei zu erwähnen ist, dass der für 1962 im Frühjahr 1963 zu beziehende Wehrsteueranteil von 32,4 Millionen Franken entgegen dem Vorjahr nun ebenfalls hier inbegriffen ist. Die Ausstände an direkten Staatssteuern haben dagegen um rund 20 Millionen Franken abgenommen.

b) Anlagen und Investitionen

<i>1. Aktien und Anteilscheine</i>		Fr.
Stand am 1. Januar 1962	102 388 311.—	
Stand am 31. Dezember 1962	109 248 764.—	
<i>Zunahme per 31. Dezember 1962</i>	<u>6 860 453.—</u>	

Neuordnung der Kapitalbeteiligungen bei verschiedenen bernischen Privatbahnen auf Grund der Leistungen gemäss Volksbeschluss vom 5. Juli 1959 und der neu getroffenen Vereinbarungen.

Neue Berechtigungen für Prioritäts- und Stammaktien von folgenden Bahnen: BN, EBT, GBS, SMB, SZB und VHB. Die Zunahmen aus diesen Operationen betragen Fr. 6 845 353.—. Fr. 15 100.— betreffen Anteilscheine, hauptsächlich von landwirtschaftlichen Organisationen.

2. Obligationen und Elektrizitationsdarlehen Fr.

Stand am 1. Januar 1962	41 422 066.75
Stand am 31. Dezember 1962	38 624 598.35
<i>Abnahme per Ende 1962</i>	<u>2 797 468.40</u>

Dieser Betrag setzt sich aus Abnahmen von Franken 4 352 468.40 und Zunahmen von Fr. 1 555 000.— zusammen.

Die ordentlichen, üblichen Abnahmen betreffen die Darlehen BLS II. Rang Fr. 250 000.—, BOB Franken 5 417.80, STI Fr. 50 000.—. Die Elektrifikations- und Sanierungsdarlehen an die BN von zusammen Franken 1 091 370.95 und die GBS von zusammen Fr. 2 955 679.65 sind aufgehoben und in Prioritätsaktien umgewandelt worden. Neu sind auf Grund der Leistungen gemäss Volksbeschluss vom 5. Juli 1959 (Beiträge für technische Verbesserungen) als Darlehen geschaffen worden: BN Fr. 555 000.—, GBS Fr. 500 000.— und SEZ Fr. 500 000.—.

5. Domänen

	Mit Ertrag Fr.	Ohne Ertrag Fr.	Prov. Schätzungen Fr.	Ankäufe für Autobahnen und Hauptstrassen Fr.	Total Fr.
Stand am 1. Januar 1962	42 002 513.—	119 358 913.—	11 789 041.—	8 891 294.40	182 041 761.40
Stand am 31. Dezember 1962	41 306 553.—	119 119 513.—	11 789 041.—	11 299 453.—	183 514 560.—
Zunahme per Ende 1962			—	2 408 158.60	1 472 798.60
Abnahme per Ende 1962	695 960.—	239 400.—	—		

Neu- und Nachschätzungen, Ankäufe, Verkäufe, Tauschhandlungen und Abschätzungen. Der Zuwachs 1962 an unabträglichen Liegenschaften wurde direkt abgeschrieben. Vom Total der Landankäufe für Autobahnen und Hauptstrassen von Fr. 11 299 453.— betreffen Fr. 710 672.— die Hauptstrassen und Franken 10 588 781.— die Autobahnen. Von dieser letzten Summe hat der Bund Fr. 7 960 159.— mit 64 und 84% subventioniert. Der entsprechende Betrag steht unter den Verbindungskonten in den Passiven. Die Landankäufe für Autobahnen und Hauptstrassen werden direkt auf Bilanzkonten übertragen und sind nicht in der Finanzrechnung enthalten.

6. Waren

	Fr.
Stand am 1. Januar 1962	13 581 394.83
Stand am 31. Dezember 1962	15 585 551.28
Zunahme per Ende 1962	2 004 156.45

Das Arbeitsvolumen des Kantonskriegskommissariates für den Bund ist etwas zurückgegangen. Das KKK weist eine Lagerzunahme von fast Fr. 600 000.— auf. Vom Restbetrag der Zunahme entfallen Fr. 400 000.— auf die Staatsanstalten, Sanitätsanstalten, Lehrmittelverlag und rund Fr. 1 000 000.— auf die Zentral- und Bezirksverwaltung, wovon Fr. 900 000.— auf Holzvorräte der Staatsforstverwaltung.

7. Mobilien und Gerätschaften

	Fr.
Stand am 1. Januar 1962	16 047 231.70
Stand am 31. Dezember 1962	18 214 250.56
Zunahme per Ende 1962	2 167 018.86

Der aktivierte Zuwachs aus Anschaffungen beträgt 5,9 Millionen Franken. Dazu ist zu bemerken, dass die Kosten der Anschaffungen der Zentral- und Bezirksverwaltung = 4,527 Millionen Franken, für die keine jährlichen Inventare bestehen, zu 75% = 3,395 Millionen Franken bilanziert wurden. An Abschreibungen wurden rund 3,700 Millionen Franken verbucht. Die Auslagen für Mobilien und Geräte erreichen ein beträchtliches Ausmass.

3. Dotationskapitalien

	Fr.
Stand am 1. Januar 1962	90 000 000.—
Stand am 31. Dezember 1962	90 000 000.—
Unverändert per Ende 1962	—.—

4. Forsten

Stand am 1. Januar 1962	35 814 926.40
Stand am 31. Dezember 1962	35 916 206.40
Zunahme per Ende 1962	101 280.—

aus Käufen und Nachschätzungen.

c) Transitorische Aktiven

	Fr.
Stand am 1. Januar 1962	19 006 032.05
Stand am 31. Dezember 1962	4 912 454.21
Abnahme per Ende 1962	14 093 577.84

Das Konto enthält für 1962 keinen Wehrsteueranteil. Der Betrag von 4,9 Millionen Franken stellt Guthaben an den Finanzausgleich zwischen den Kantonen, auf Rechnung des Nachjahres bezahlte Strassenbaukosten, ausstehende Bundesbeiträge für Strassen auf Rückstellungen, zum voraus honorierte Rückkaufstitel EBT, die Ausgaben des Forstjahres 1962/63 und zum voraus bezahlte Entschädigungen für Milchleistungsprüfungen dar.

d) Über die Verwaltungsrechnung abzuschreibende Aktivkonten

Wir verweisen auf die in der Staatsrechnung Seiten 10 und 11 stehende vollständige Wiedergabe dieser Rechnung. Es kann kurz darauf hingewiesen werden, dass die Neubelastungen für 1962 28,054 Millionen Franken betragen. 4 Millionen Franken wurden aus dem Steuerzehntel direkt von den Aktivkonten abgeschrieben. Die Totalbelastungen der Sonderrechnung betragen Ende 1962 80,877 Millionen Franken. Diesen stehen an Wertberichtigungen 34,756 Millionen Franken gegenüber. Wir verweisen auf unsere Ausführungen über diese Wertberichtigungen bei den Passiven.

e) Anlagen des zweckgebundenen Staatsvermögens

Stand am 1. Januar 1962	44 215 984.01
Stand am 31. Dezember 1962	47 558 910.62
Zunahme per Ende 1962	3 342 926.61

Obschon gemäss neuem Fürsorgegesetz der bis dahin bestehende Unterstützungsfonds für Kranken- und Armenanstalten mit einem Kapital von rund Franken 580 000.— aufgelöst und in eine Rückstellung überführt worden ist, haben die 45 Fonds eine Erhöhung der Kapitalanlagen von 3,342 Millionen Franken erfahren.

Die bedeutendsten Erhöhungen sind eingetreten bei: Fonds für Verbesserungen im Strafvollzug 0,400 Millionen Franken, Finanzausgleichsfonds Hauptfonds 2,000 Millionen Franken, Forstreservfonds (Übernutzung) 1,100 Millionen Franken.

f) *Anlage der Reserve für Schuldentilgungen;*
Anlage der Reserve zur Bezahlung von Elementarschäden

Die Reserve für Schuldentilgungen hat 1962 eine Erhöhung um 3,070 Millionen Franken erfahren. Davon sind

Passiven

g) *Schwebende Schulden*

	Banken Fr.	Darlehen Fr.	Total Fr.
Stand am 1. Januar 1962	110 297 813.13	1 450 000.—	111 747 813.13
Stand am 31. Dezember 1962	71 257 925.46	1 450 000.—	72 707 925.46
<i>Abnahme per Ende Dezember 1962</i>	<u>39 039 887.67</u>		<u>39 039 887.67</u>

Infolge der Vielzahl der Konten und der Operationen kann hier auf Einzelheiten nicht eingetreten werden.

Wir haben eingangs erwähnt, dass die Kreditbeanspruchung bei den Banken dank dem positiven Abschluss der Finanzrechnung 1961 sowie der laufend bedeutenden Einnahmen 1962 geringer war als in den Vorjahren. Nur auf den Umsätzen und im monatlichen Durchschnitt berechnet, beträgt die Minderbeanspruchung im Vergleich zu 1961 zwischen 6 und 7 Millionen Franken.

Durch Liegenschaftsverkäufe ging der Schuldsaldo der Domänenkasse um 2,250 Millionen Franken auf 19 Millionen Franken zurück. Die Staatssteuerausstände sind mit rund 50 Millionen Franken um 20 Millionen Franken geringer als im Vorjahr. Im Passivbetrag der Banken sind die 19,070 Millionen Franken (Vorjahr 15 Millionen Franken) der Anlagekonten für die Reserven inbegriffen.

Die Entwicklung der laufenden Schulden ist als günstig zu bezeichnen. Wir stellen folgenden Vergleich an:

Ende 1960 bestanden, bis auf einige Millionen Franken genau, die gleichen Staatssteuerausstände (44 Millionen) wie 1962. Die Bank- und Darlehensschulden betragen damals 64 Millionen Franken.

Wären die für 1961 und 1962 ermittelten und durch die Nachkredite erhöhten Finanzdefizite von 65 Millionen Franken bzw. 73 Millionen Franken = Total 138 Millionen Franken, ohne Minderausgaben und hauptsächlich ohne wesentliche Verbesserungen durch Mehreinnahmen aller Art, Wirklichkeit geworden, so würde sich die Verschuldung, das Ausbleiben von Konsolidierungsmassnahmen vorausgesetzt, in der Nähe der 200-Millionen-Franken-Grenze bewegen.

h) *Feste Schulden*

	Fr.
Stand am 1. Januar 1962	338 584 000.—
Zunahmen	—.—
	<u>338 584 000.—</u>
Abnahmen = Rückzahlungen	3 930 000.—
Stand am 31. Dezember 1962	<u>334 654 000.—</u>

Die Abnahmen betreffen die ordentlichen Tilgungsraten auf 3 Anleihen.

Fr. 1 070 000.— auf den Grossratsbeschluss vom 7. September 1949, der die Belastung der Rechnung mit einem Schuldentilgungsbetrag von 5 Millionen Franken vorsieht, zurückzuführen.

Die Reserve zur Bezahlung von Elementarschäden von 1 Million Franken wurde im Hinblick auf die grossen, 1963 und später zu bezahlenden Schnee- und Föhnsturmschäden geschaffen.

Beide Anlagekonten sind durch Verrechnung mit den passiven Bankenkonten gebildet worden.

i) *Kreditoren (Kontokorrente)*

	Fr.
Stand am 1. Januar 1962	63 317 182.59
Stand am 31. Dezember 1962	108 464 459.06
<i>Zunahme per Ende Dezember 1962</i>	<u>45 147 276.47</u>

Beim Kreditorenkonto der staatlichen Versicherungskasse ist auf Jahresende eine Zunahme von 12 Millionen Franken festzustellen (zu Lasten Sonderrechnung). Durch die anfangs 1962 erfolgte definitive Veranlagung der Wehrsteuer XI. Periode ergibt sich für 1962 ein 1963 zu beziehender und dem Bund zu vergütender Saldo von 23 Millionen Franken. Der Gegenwert dieser Schuld plus Staatsanteil ist unter den Debitoren der Amtschaffnerereien in den Aktiven enthalten. Beim Jahresabschluss mussten den Kreditoren für nicht beglichene Schulden der Direktionen rund 10 Millionen Franken mehr gutgeschrieben werden als 1961. Es betrifft dies zur Hauptsache: das kantonale Versicherungsamt für zentralen Ausgleichsfonds, Sanitätsdirektion für Inselspital und Sanatorien, Finanzdirektion, Eidgenössisches Kassen- und Rechnungswesen, Staatsanteile am Nationalstrassenbau, die Hoch- und Tiefbauämter, die Eisenbahndirektion für Betriebsfehlbeträge und technische Verbesserungen, die Landwirtschaftsdirektion für geschuldete Ausmerzbeiträge.

k) *Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft*

	Fr.
Stand am 1. Januar 1962	13 367 411.—
Stand am 31. Dezember 1962	14 242 691.—
<i>Zunahme per Ende Dezember 1962</i>	<u>875 280.—</u>

Zahlungen Staat = Fr. 407 108.—, Zahlungen Gemeinden Fr. 676 994.—, Rückzahlungen Fr. 208 822.—.

l) *Wertberichtigungen auf Wertschriften*

	Fr.
Stand am 1. Januar 1962	31 235 300.45
Stand am 31. Dezember 1962	36 646 347.85
<i>Zunahme per Ende Dezember 1962</i>	<u>5 411 047.40</u>

Neuordnung der Aktienbeteiligungen bei verschiedenen bernischen Privatbahnen + Fr. 6 845 353.—, Neuordnung der Darlehensbeteiligungen für Privatbahnhilfe und Elektrifikationsdarlehen, Wegfall von Wertberichtigungen — Fr. 4 047 050.60, neue Darlehensgewährungen + Fr. 1 555 000.—, Wertberichtigungen für Restzahlungen und neue Darlehen der Direktionen der Sanität und der Fürsorge + Fr. 1 057 745.—.

Siehe auch die Abschnitte b) Anlagen und Investitionen 1 und 2.

m) Wertberichtigungen auf «Über die Verwaltungsrechnung abzuschreibende Konten» Sonderrechnung

	Fr.
Stand am 1. Januar 1962	22 444 572.—
Stand am 31. Dezember 1962	34 756 012.—
Zunahme per Ende 1962	12 311 440.—

Der Steueranlagezehntel betrug Fr. 11 311 440.—. Hievon wurden 4 Millionen Franken für die LVK und die staatliche Versicherungskasse direkt auf den Aktivkonten wertberichtigt. Fr. 7 311 440.— sowie ein zusätz-

licher Betrag von 5 Millionen Franken sind hier indirekt abgeschrieben.

n) Rückstellungen

	Fr.
Stand am 1. Januar 1962	23 353 611.26
Stand am 31. Dezember 1962	26 878 635.95
Zunahme per Ende 1962	3 525 024.69

Total der Entnahmen 10,350 Millionen Franken und der Neueinlagen 13,875 Millionen Franken. Sämtliche Entnahmen und Neueinlagen betreffen beschlossene Vorhaben.

o) Das zweckgebundene Staatsvermögen

	Fr.
Stand am 1. Januar 1962	43 782 335.69
Stand am 31. Dezember 1962	46 775 589.89
Zunahme per Ende 1962	2 993 254.20

Siehe die Ausführungen unter e) über die Anlagekonten dieses Vermögens. Das Total der Entnahmen beträgt 17,473 Millionen Franken und das der Neueinlagen 20,466 Millionen Franken.

p) Die Reserven

	Zweckbestimmte Fr.	Freie Fr.	Total Fr.
Stand am 1. Januar 1962	23 507 943.98	8 612 365.49	32 120 309.47
Stand am 31. Dezember 1962	29 013 021.48	8 068 127.99	37 081 149.47
Zunahme per Ende 1962	5 505 077.50		4 960 840.—
Abnahme per Ende 1962		544 237.50	

Entnahmen Fr. 61 783.—. Einlagen Fr. 5 022 623.—. Übertrag der 1949 geschaffenen Reserve für Schuldentilgungen von den freien in die zweckbestimmten Reserven Fr. 542 500.—. Fr. 3 070 000.— Einlage in Reserve

für Schuldentilgungen, Fr. 1 000 000.— Einlage in Reserve zur Bezahlung von Elementarschäden. Franken 838 000.— Einlage in Krisenreserve des Arbeitsamtes.

Die Gesamtvermögenslage des Staates ohne privatrechtliches Vermögen

	Fr.
Das buchmässige Gesamtvermögen des Staates betrug Ende 1961	121 604 253.75
Es beträgt Ende 1962	122 650 969.53
Zunahme per Ende 1962	1 046 715.78
nämlich um:	
Zunahme des zweckgebundenen Staatsvermögens	2 993 254.20
Zunahme der Rückstellungen	3 525 024.69
Zunahme der Reserven	4 960 840.—
Zunahme des Reinvermögenskontos	1 031 384.78
	12 510 503.67
Abnahmen:	
Zunahme der fiktiven Aktiven der Sonderrechnung «Über die Verwaltungsrechnung abzuschreibende Aktivkonten» (direkte Abschreibungen und Zahlungen abgezogen)	23 775 227.89
abzüglich indirekte Abschreibung 1962	12 311 440.—
	11 463 787.89
Netto-Zunahme wie oben	1 046 715.78

Schon zu Beginn unseres Berichtes führten wir aus, dass das Gleichgewichtsverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben — wir hätten beifügen können «sowie zwischen Aufwand und Ertrag» — wesentlich knapper ausgefallen sei als im Vorjahr.

Die obenstehende Zusammenstellung über einen Vermögenszuwachs von 1,0 Millionen Franken muss bei den in den vorstehenden Seiten behandelten Zahlengrössen überraschen. Diese Gesamtvermögenszunahme bei einer Gesamteinnahmensumme von über 500 Millionen Franken und ermittelten Mehreinnahmen von netto über 60 Millionen Franken muss als höchst bescheiden bezeichnet werden und dürfte vor Augen führen, dass der öffentliche Haushalt nicht nur mehr Geld einnimmt, sondern fast genau gleich viel auch wieder ausgibt.

Die Verpflichtungen des Staates

Für die folgenden eingegangenen Beitrags- und Finanzierungsverpflichtungen bestehen nur teilweise oder keine Rückstellungen. Die bewilligten, aber nicht rückgestellten (rechnungsmässig nicht erfassten) staatseigenen Hoch- und Tiefbauprojekte sind dabei nicht berücksichtigt.

	Bestehende Verpflichtungen Ende 1962 Fr.	Vorgenommene Rückstellungen per Ende 1962 Fr.	Ungedekte Ver- pflichtungen Fr.	Ungedeckt in % der Gesamt- verpflichtungen	Pro 1963 einge- setzte Budget- kredite aus lau- fender Rechnung und aus Rück- stellungen-Fr.
<i>Sanitätsdirektion</i> : Baubeiträge an Anstalten .	2 153 000	2 153 000	—	—	3 363 000
<i>Militärdirektion</i> : Beiträge an Luftschutzbauten 1958–1962.	3 715 000	2 714 000	1 001 000	26,9	950 000
<i>Finanzdirektion</i> : Aktienbeteiligung «Wohnbau AG Funktionäre öffentlicher Verwaltungen».	380 000	230 000	150 000	39,4	—
Terrainankauf Tierspital	2 000 000	2 000 000	—	—	—
<i>Erziehungsdirektion</i> : Ordentliche Beiträge an Schulhausbauten.	51 346 000	3 287 000	48 059 000	93,59	10 000 000
Ausserordentliche Beiträge an Gemeinden.	480 000	—	480 000	100	210 000
<i>Hochbau</i> : Neubau Inselkliniken	53 238 000	—	53 238 000	100	7 000 000
<i>Landwirtschaftsdirektion</i> : Beiträge an Meliorationen, Güterzusammenlegungen, Alpverbesserungen usw.	22 018 000	3 362 000	18 656 000	84,73	4 500 000
<i>Tiefbauamt</i> : Einmalige Beiträge an Gemeinden nach Strassenbaugesetz. Die alljährlich wiederkehrenden Beiträge von rund Fr. 297 000.— werden hier nicht erfasst .	13 194 000	—	13 194 000	100	4 200 000
Beiträge an Wasserbauten	11 585 000	—	11 585 000	100	900 000
<i>Büro für Wassernutzung</i> : Beiträge an Abwasser- und Trinkwasseranlagen	11 272 000	—	11 272 000	100	5 000 000
<i>Fürsorgedirektion</i> : Baubeiträge an Fürsorgeanstalten	2 345 000	2 345 000	—	—	2 800 000
	173 726 000	16 091 000	157 635 000	90,74	
Vorjahreszahlen 1961	161 497 000	11 266 000	150 231 000	93,00	
1960	158 463 500	9 355 000	149 108 500	94,10	

Die Steuerausstände: Die Ausstände an direkten Steuern betragen auf Jahresende (26. Januar 1963) Franken 49 659 365.18. Davon entfallen auf die Gemeinde Bern Fr. 21 777 830.42. An eidgenössischen Steuern waren ausstehend Fr. 32 871 749.—. Die Staatsanteile an diesen sind in der Rechnung 1962 sowie im Schuldverhältnis zum Bund berücksichtigt.

Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen des Staates

(Art. 3 Abs. 2 des Finanzverwaltungsgesetzes vom 3. Juli 1938)

1. *Hypothekarkasse*, Artikel 3 des Gesetzes über die Hypothekarkasse vom 9. Dezember 1956. Der Kanton

haftet für alle Verbindlichkeiten der Hypothekarkasse, soweit ihre eigenen Mittel nicht ausreichen.

2. *Kantonalbank*, Artikel 4 des Gesetzes vom 5. Juli 1942 über die Kantonalbank. Der Staat haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalbank.

3. *Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung*, Dekret vom 1. März 1954.

- a) § 69. Der Staat übernimmt die Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen der Kasse.
 b) § 86. Der Staat garantiert die Verzinsung zu 4% des bei der Hypothekarkasse angelegten Kassenvermögens.

4. *Bernische Kreditkasse*, Gesetz vom 19. Oktober 1924, Artikel 13. Der Staat und die beteiligten Gemeinden

haften für die Verbindlichkeiten der Kreditkasse. Gegenwärtig bestehen keine Verbindlichkeiten.

5. *Betriebsdefizitdeckung an Privatbahnen*:

- a) Compagnie des Chemins de fer du Jura, Volksbeschluss vom 3. Dezember 1950; gemeinsam mit Bund, Kanton Neuenburg und Gemeinden.
 b) Gürbetal-Bern-Schwarzenburg-Bahn, Grossratsbeschluss vom 16. September 1953; in den Jahren 1953 bis 1962 pro Jahr maximal Fr. 130 000.—.

6. *Förderung der Heimarbeit im Berner Oberland*. Regierungsratsbeschluss vom 24. November 1959. Der Staat verbürgt gegenüber der Kantonalbank von Bern die an sechs heimarbeitsvergebenden Organisationen des Berner Oberlandes gewährten Darlehen von total Franken 120 000.—.

III. Finanzinspektorat

Im Berichtsjahr sind folgende Inspektionen unangemeldet durchgeführt worden:

	Stellen	Zahl der Inspektionen
Kassastellen der Direktionen	70	75
Amtsschaffnereien	21	21
Staatsanstalten	42	40
Obergericht, Obergerichtsverwaltung	4	4
Verwaltungsgericht	1	1
Handelsgericht	1	1
Versicherungsgericht	1	1
Betreibungs- und Konkursämter	31	31
Gerichtsschreibereien	30	32
Richterämter und andere Stellen der Gerichtsverwaltung	50	51
Regierungsstatthalterämter	30	33
Grundbuchämter	30	31
	<u>311</u>	<u>321</u>

Zu den durchgeführten Revisionen sind in sachlicher Beziehung keine besonderen Feststellungen zu machen. Die häufiger werdenden Personalmutationen haben je länger je mehr Kassaübergaben zur Folge, die in der Regel mehr Zeit beanspruchen als eine ordentliche Kontrollrevision.

Bei den Amtsschaffnereien konnten in der Regel neben allen übrigen Ausständen auch die Staats- und Wehrsteuerausstände des jeweils laufenden Bezugsjahres aufgenommen werden. Die Kontrollarbeiten konnten fast überall ohne Zeitverlust vorgenommen werden; hinsichtlich der rechnerischen Ergebnisse fielen die Resultate sehr zufriedenstellend aus.

Staatsanstalten

Die Revisionen an Ort und Stelle und die Kontrolle der Monatsbilanzen liessen sich bis auf wenige Ausnahmen in

geordneter Weise abwickeln. Das Finanzinspektorat stand auch dieses Jahr einzelnen Staatsanstalten für Stellvertretungen und besondere Organisationsfragen zur Verfügung.

Kassastellen der Justizdirektion

Die Revisionen zeitigten bis auf wenige Ausnahmen zufriedenstellende Resultate. Auch beim Personal der Gerichtsverwaltung machen sich vermehrt Mutationen bemerkbar.

Besondere Aufgaben

Die von andern Direktionen übernommenen Geschäfte konnten erledigt werden; es bestehen keine Rückstände. In besonderen Fällen wurde Personal des Finanzinspektorates für kürzere oder längere Zeit und zur Behebung momentaner Schwierigkeiten, meist mit der Rekrutierung von Personal zusammenhängend, zur Verfügung gestellt.

Unregelmässigkeiten

Es sind 4 Fälle von Unregelmässigkeiten zu verzeichnen, die glücklicherweise finanziell nicht ins Gewicht fallen. Gegen alle Fehlbaren ist Strafanzeige eingereicht worden; die gerichtliche Erledigung fällt nicht mehr ins Berichtsjahr.

Personal

Finanzinspektorat: Nach 37 Dienstjahren musste Franz Amrein, Verwaltungsbeamter, wegen Krankheit und teilweiser Invalidität auf den 30. Juni 1962 pensioniert werden.

Amtsschaffnereien: Notar Hans Marti, Amtsschaffner von Aarberg, ist zufolge Erreichens der Altersgrenze nach 37 Dienstjahren in den Ruhestand getreten.

IV. Steuerverwaltung

A. Zentralverwaltung

1. *Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte.* Im Jahre 1962 wurden 11 277 (14 983) *Berichtigungen* vorgenommen. *Einsprachen* sind 218 (295) eingegangen, von denen auf Jahresende 214 (292) entschieden waren. Es wurde 1 (10) Rekurs erhoben. Beschwerden sind keine eingegangen.

Anlässlich der Hauptrevision der amtlichen Werte im Jahre 1957 bestand die Meinung, dass der amtliche Wert der Wohn- und Geschäftshäuser in der Regel 75 bis 85 (im Mittel 80) Prozent des normalen Verkehrswertes zu betragen habe. Seither sind die Verkehrswerte der Liegenschaften erheblich gestiegen. Im Jahre 1961 betrug der amtliche Wert in Prozenten des Kaufpreises (Kantonsmittel) für Einfamilienhäuser 64%, für Mehrfamilienhäuser 66% und für Wohnhäuser mit Geschäftsräumen 66%.

Für die Erbschaftssteuerabteilung sind 3530 (2979) *Verkehrswertschätzungen* durchgeführt worden.

2. *Steuererlassgesuche.* Ende 1961 waren noch 344 (698) Gesuche hängig. Neu eingegangen sind 5337 (5059), und zwar 228 (291) für die Wehrsteuer und 5009 (4768) für die Staatssteuer, wovon 2299 (2336) aus der Stadt Bern. Von den total 5681 Gesuchen konnten 5358 (5413) erledigt werden; ganz oder teilweise gutgeheissen wurden 4221 (4181), abgewiesen 1137 (1232). — Für die Steuerjahre 1959–1962 wurden Fr. 360 826.— (Fr. 635 811.—) an Staatssteuern und Fr. 38 695.— (Fr. 108 133.—) an Wehrsteuern erlassen. Der Rückgang rührt daher, dass keine grösseren Beträge erlassen werden mussten, wie

dies im Vorjahre der Fall war. — Die Abteilung für Steuererlass hat zudem noch rund 600 Stundungs-, Zinserlass- und Rückerstattungsersuche behandelt.

3. *Meldungen für die AHV, den Militärpflichtersatz, die Krankenkassen und die Bergbauernhilfe.* Von 112 (112) AHV-Ausgleichskassen sind in der Veranlagungsperiode 1961/62 60 386 (62 160) Formulare für die Meldung des Einkommens selbständig Erwerbender oder nicht erwerbstätiger Steuerpflichtiger eingegangen. Bis Ende 1962 wurden 54 825 (57 705) Meldungen erledigt. Die Entschädigung dafür geht erst 1963 ein (Vorperiode Fr. 119 555.—). Besondere Berichte an Kassen und Gerichte 230 (724). — Für die Veranlagung des *Militärpflichtersatzes* sind 1962 46 241 (47 038) Meldungen erstattet worden. — An Erhebungsformularen für die Krankenkassen sind 24 092 (10 605) oder für die ganze Periode 1961/62 total 34 697 ohne Entschädigung ausgefüllt worden (1959/60: 125 095, weil Gesamtüberprüfung der Einkommensverhältnisse der Beitragsberechtigten). Für die Ermittlung der *Familienzulagen an Bergbauern und Kleinbauern des Flachlandes* sind schliesslich 5627 (427 — für die ganze Periode 1961/62 6054 (6554) — Erhebungsformulare, ebenfalls ohne Entschädigung, verarbeitet worden.

4. Im Berichtsjahr ist die der Abteilung für das Gemeindesteuerverwesen unterstellte *Lochkartenzentrale* geschaffen und mit den erforderlichen Maschinen ausgerüstet worden (Beschluss des Grossen Rates vom 13. September 1962). 1963 werden rund 73 000 Steuerrechnungen im Lochkartenverfahren erstellt werden, davon rund 55 000 gleichzeitig auch für die Gemeindesteuern.

B. Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

Für den Steuerertrag 1962 bildete die Veranlagung 1961 die Grundlage. Diese veränderte sich durch Zuzug und Wegzug von Pflichtigen, durch Einsprachen, Re-

urse, Beschwerden, Revisionen, Eliminationen und Steuererlass. Der Vergleich mit der Staatsrechnung 1961 und dem Voranschlag 1962 ergibt folgendes Bild:

	Rechnung 1961	Budget 1962	Rechnung 1962	+ oder — gegenüber Rechnung 1961	+ oder — gegenüber Budget 1962
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Einkommen . . .	151 558 497.—	148 000 000.—	155 974 687.—	+ 4 416 190.—	+ 7 974 687.—
Vermögen . . .	20 973 664.—	190 000 000.—	21 004 120.—	+ 30 456.—	+ 2 004 120.—
Total	172 532 161.—	167 000 000.—	176 978 807.—	+ 4 446 646.—	+ 9 978 808.—

Rechnet man zu diesen Hauptsteuern der natürlichen Personen noch die übrigen direkten Steuern hinzu (juristische Personen, Vermögensgewinnsteuern, Nach- und Strafsteuern sowie den Eingang abgeschriebener Steuern), so ergibt sich eine gesamte Bruttosteuererinnahme von

Fr. 238 570 392.—. Gegenüber dem Voranschlag macht dies eine Mehreinnahme von Fr. 18 000 392.— (8,16%) und gegenüber der Rechnung 1961 eine solche von Franken 7 507 787.— (3,25%) aus.

C. Steuern der juristischen Personen

Neugründungen waren 461 (625) zu behandeln, Löschungen 198 (317) und Fusionen 8 (11). Es sind 875 (855) interkantonale Steuerteilungen vorgenommen und 711 (1133) Bücheruntersuchungen durchgeführt worden. Von 23 (28) Erlassgesuchen wurden alle erledigt. — Für die Steuerverwaltung und zahlreiche Abteilungen anderer Direktionen wurden mit dem Adressograph 147 751 (147 771) Adressen gedruckt.

Der Bestand an Personalfürsorgestiftungen hat sich auf 1760 (1672) erhöht. Das Gesamtvermögen dieser Stiftungen, inbegriffen das der Genossenschaften und der Versicherungskassen der Verkehrsbetriebe, beläuft sich auf rund 1,098 Milliarden Franken.

Die Arbeitsbeschaffungsreserven von 290 (301) Firmen erreichen Fr. 62 766 532.— (Fr. 62 636 024.—) Nach Branchen verteilen sie sich (in Millionen Franken) wie folgt: Uhrenindustrie 24,0, Maschinen- und Metallindustrie 19,3, Elektrizitätswerke 6,0, Textilindustrie 3,2, Baugewerbe 1,4, Holzverarbeitungsindustrie 1,0, Verschiedene 7,8.

1. Erwerbsgesellschaften, Erwerbs- und Selbsthilfegenossenschaften; Holdinggesellschaften

	Fr.
Gewinn- und Ertragsteuer	30 760 430
Kapital- und Vermögensteuer	8 611 258
Holdingsteuer	79 447
Total	39 451 135
Voranschlag	36 610 000
Mehrertrag gegenüber Voranschlag	2 841 135
Mehrertrag gegenüber Vorjahr	335 880

2. Übrige juristische Personen

	Fr.
Einkommensteuer	1 297 926
Vermögensteuer	1 051 498
Total	2 349 424
Voranschlag	2 230 000
Mehrertrag gegenüber Voranschlag	119 424
Mehrertrag gegenüber Vorjahr	37 595

D. Vermögensgewinnsteuer

Der Reinertrag der Vermögensgewinnsteuer belief sich auf Fr. 19 016 024.— (Fr. 16 324 116.—), was gegenüber dem Voranschlag einen Zuwachs von Fr. 5 016 024.— und gegenüber dem Vorjahr einen solchen von Franken 2 691 908.— ausmacht.

Die Zahl der Veranlagungen betrug 7702 (7954); in 1320 (1567) Fällen ergab sich kein Vermögensgewinn. Einsprachen wurden 456 (562) erledigt; hängig blieben 116 (92). Behandelte Erlassgesuche 172 (152).

E. Nach- und Strafsteuern

Der Reinertrag beziffert sich auf Fr. 742 717.— (Franken 737 754.—), was gegenüber dem Voranschlag einen Mehrertrag von Fr. 42 717.— und gegenüber dem Vorjahr einen solchen von Fr. 4963.— ausmacht.

Behandelt wurden 4459 (4422) Staats- und Wehrsteuerfälle. Nach- und Strafsteuern mussten in 743 (877) Fällen festgesetzt werden; in den übrigen erwies sich die Besteuerung als genügend. An besonderen Bussenverfahren wegen Anstiftung, Gehilfenschaft und Inventarvergehen waren 6 (11) durchzuführen.

Es wurden 5 (15) Erlassgesuche eingereicht; davon gutgeheissen 2, abgewiesen 3. An die Rekurskommission wurden weitergezogen 5 (4) kantonale und 2 (3) eidgenössische Fälle. Beschwerden an das Verwaltungsgericht und an das Bundesgericht waren keine (1) zu verzeichnen.

F. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Der Rohertrag beläuft sich auf Fr. 11 668 682.— (Fr. 10 614 319.—), was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Fr. 2 668 682.— und gegenüber dem Vorjahr von Fr. 1 054 363.— ergibt. An Gemeindeanteilen wurden Fr. 2 208 173.— (Fr. 2 012 424.—) ausgerichtet.

Behandelt wurden 9974 (8649) Fälle, von denen 3887 (3521) abgabepflichtig waren. Die Verrechnung mit Handänderungsabgaben und die Rückerstattungen erreichten in 1309 (1205) Fällen den Betrag von Franken 627 787.— (Fr. 552 136.—).

An Erbschaftssteuerprozessen vor Verwaltungsgericht waren 6 (5) zu verzeichnen und an Gesuchen 137 (245). In 3 (6) Fällen mussten Bussen ausgesprochen werden.

G. Eidgenössische Steuern

1. Wehrsteuer

Von früheren Perioden stehen noch aus:	Fr.
V. Periode (1949/50)	5 500.—
VII. Periode (1953/54)	18 059.—
VIII. Periode (1955/56)	53 399.—
IX. Periode (1957/58)	93 399.—
X. Periode (1959/60)	362 175.—

Ein Teil der Ausstände der V. und VII. Periode ist gestundet. Die VI. Periode ist abgeschlossen.

XI. Periode (1961/62): Eingang im Jahr 1962 Franken 74 311 373.—; Anteil des Kantons 25% = Franken 18 577 843.— zuzüglich ca. 5% aus dem Finanzausgleichsfonds unter den Kantonen = rund Fr. 3 715 000.—. Die Steuer für das Jahr 1962 wird erst am 1. März 1963 fällig.

2. Meldewesen

Die Wehrsteuerabteilung hat im Berichtsjahr 5040 (7812) Meldungen von andern Kantonen und 15 971 (15 243) von der eidgenössischen Steuerverwaltung erhalten; ihrerseits hat sie an andere Kantone 3920 (17 649)

Meldungen erstattet. Von juristischen Personen sind 90 (7182) Meldungen über ausgerichtete Vergütungen eingegangen. — Steuerteilungsvorschläge sind von andern Kantonen 661 (526) eingelaufen und 756 (43) andern Kantonen unterbreitet worden.

H. Eidgenössische Verrechnungssteuer

I. Verrechnungssteuer

a) *Ordentliches Verrechnungsverfahren*: Im Berichtsjahr sind 96 601 (147 588) Gutschriften mit einem totalen Verrechnungssteuerbetrag von Fr. 22 303 882.— (Franken 38 469 056.—) erteilt worden. Davon wurden Franken 21 673 389.— (Fr. 37 962 300.—) mit Gemeinde- und Staatssteuern verrechnet und Fr. 630.493.— (Franken 506 756.—) den Berechtigten direkt zurückerstattet. Einspracheentscheide und Abänderungsverfügungen wurden 1604 (3722) ausgefertigt.

b) *Vorzeitiges Rückerstattungsverfahren*:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge Fr.
Erbschaften	1715	794 101.—
Lotteriegewinne	716	539 069.—
Übrige	184	362 911.—
Total	2615 (3462)	1 696 081.—

2. Rückerstattung von Quellensteuern auf ausländischen Erträgen

In Ausführung der zwischen verschiedenen ausländischen Staaten und der Schweiz abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) hatte sich das kantonale Verrechnungssteueramt auch mit der Kontrolle von Rückerstattungsanträgen für ausländische Quellensteuern zu befassen:

DBA mit den USA (Rückerstattung des zusätzlichen Steuerrückbehalts USA):

- a) im ordentlichen Verfahren 341 (2581) Anträge mit Fr. 301 811.—;
- b) im vorzeitigen Verfahren 28 (36) Anträge mit Franken 22 533.—;
- Total 369 (2617) Anträge mit Fr. 324 344.—.

Zudem mussten 215 (269) Meldungen (Information returns) über amerikanische Erträge geprüft werden. — Bescheinigungen über Wohnsitz und Versteuerung im Kanton Bern waren ferner abzugeben auf Grund der DBA mit Deutschland 613 (1158), Frankreich 269 (325), Grossbritannien 51 (51), den Niederlanden 541 (622), Norwegen 13 (42), Österreich 17 (15) und Schweden 79 (87).

3. Wertschriftenbewertung

Es sind insgesamt 1085 (2364) nichtkотиerte Aktien und Anteile bernischer Aktiengesellschaften, GmbH und Genossenschaften bewertet worden. In 201 (17) Einsprachefällen waren Vernehmlassungen abzugeben.

J. Gemeindesteuern

Teilungspläne: Die Abteilung für das Gemeindesteuernwesen hat 3757 (3482) Gemeindesteuerteilungen durchgeführt. Von insgesamt 45 (29) Einsprachen wurden 33 erledigt. Beschwerden an das Verwaltungsgericht waren nicht zu verzeichnen.

Finanzausgleich: Beitragsberechtigt waren 262 (255) Gemeinden. Eine einzige Gemeinde (Vorjahr: keine) erhob Einwände gegen die Beitragsbemessung. Der Fall wurde administrativ erledigt. — Die Beiträge der Gemeinden an den Finanzausgleichsfonds beliefen sich auf Franken 3 552 665.— (Fr. 3 602 495.—) und diejenigen des Staates auf Fr. 3 290 075.— (Fr. 3 159 709.—). Zahlungen aus dem Hauptfonds an die beitragsberechtigten Gemeinden Fr. 5 017 560.— (Fr. 4 907 690.—) und aus dem Sonderfonds Fr. 111 340.— an 196 (194) Gemeinden zur Deckung des Schulgeldausfalles im Jahre 1961. (Art. 87 des Gesetzes vom 3. März 1957 über die Mittelschulen). Die Sonderbeiträge sind im Berichtsjahr zum letztenmal vergütet worden (§ 3 der Verordnung vom 10. September 1957 über die Deckung des Schulgeldausfalles in Mittelschulen). Eine Gemeinde erhielt aus dem Sonderfonds einen besonderen Beitrag von Fr. 4800.—.

Der Finanzausgleichsfonds (Hauptfonds) weist auf Jahresende ein Vermögen von Fr. 16 219 889.— auf oder Fr. 2 026 668.— mehr als Ende 1961 (Fr. 14 193 221.—), und der Sonderfonds ein solches von unverändert Franken 1 000 000.—.

V. Personalamt

A. Personalabteilung

1. Besoldungen

Auf den 1. Januar 1962 trat die durch den Grossen Rat am 29. November 1961 beschlossene Besoldungsrevision in Kraft. Ihre Einzelheiten wurden schon im Verwaltungsbericht für das Jahr 1961 dargestellt. Die mit der Besoldungsrevision verbundenen Verbesserungen erleichtern die Personalrekrutierung in fühlbarer Masse.

Von der Möglichkeit, gegen die für sie persönlich auf 1. Januar 1962 getroffene Neueinreihung zu rekurrieren,

machten 95 Beamte Gebrauch. Diese Rekurse wurden von der Personalkommission geprüft und hierauf der Finanzdirektion und dem Regierungsrat zum Entscheid unterbreitet. Von den 95 Rekursen wurden 70 abgelehnt, 15 gutgeheissen und auf 10 Rekurse konnte infolge Fehlens der notwendigen Voraussetzungen nicht eingetreten werden.

Die Personalkommission übernahm ebenfalls die Überprüfung der 37 Rekurse, die gegen die Neueinreihung der Orte in die Ortszulagenklassen eingereicht worden waren. Durch Beschluss des Regierungsrates vom 8. Juni 1962 betreffend die Ortszulagen des Staatspersonals vom

15. Dezember 1961 wurde gestützt auf die Rekurse die Einreihung von 13 Ortschaften abgeändert.

Die dem Staatspersonal am Jahresanfang gewährten Teuerungszulagen trugen einem Index der Konsumentenpreise von 188,5 Rechnung. Nachdem dieser Index im Herbst auf über 196 gestiegen war, erwies sich eine Erhöhung der Teuerungszulage als notwendig. Mit Dekret vom 15. November 1962 wurde die Teuerungszulage für das Jahr 1962 rückwirkend auf den 1. Januar von 8% auf 11,5% und ab 1. Januar 1963 auf 12,5% (Teuerungsausgleich bis 196,4 Indexpunkte) erhöht.

2. Übrige Anstellungsverhältnisse

Durch eine Verordnung vom 14. Dezember 1962 wurden die Spesenvergütungen bei Dienstreisen der Behördemitglieder und des Personals verbessert und vollständig neu geordnet.

3. Personalkommission

Im Laufe des Berichtsjahres schieden nach langjähriger Mitarbeit aus der Kommission aus: Herr Dr. M. Wagner, 1. Sekretär der Kantonalen Finanzdirektion, sowie Fräulein Dr. M. Böhlen, Jugendanwältin der Stadt Bern. An ihrer Stelle wählte der Regierungsrat als neue Mitglieder: Grossrat H. Mäder, Sekretär der Sektion Bern-Allgemeine des VPOD, sowie Frau N. Michaelsen-Hofer, Gerichtsschreiberin in Biel.

Die Personalkommission hielt im Berichtsjahr 14 Vollsitzen und 16 Ausschusssitzungen ab. Wie unter Ziff. 1 ausgeführt wurde, befasste sich die Personalkommission insbesondere mit der Begutachtung der Rekurse gegen die Einreihung der Orte in die Ortszulagenklassen sowie gegen die Neueinreihung des Personals in die Besoldungsklassen. Ausserdem behandelte die Kommission noch folgende grössere Geschäfte: Spesenvergütungen des Staatspersonals bei Dienstreisen, Fragen der Versicherungskasse und der Unfallversicherung (Transportkosten).

4. Personalstatistik

Die Staatsverwaltung beschäftigte auf Jahresende:

	Männer	Frauen	Zusammen	In Vollbeschäftigte umgerechnet	Veränderung gegenüber Vorjahr
Staatskanzlei . . .	31	6	37	36	—
Volkswirtschaft . .	284	129	413	362	+ 12
Justiz	582	175	757	746	+ 8
Polizei	1037	164	1201	1200	+ 67
Finanzen	401	86	487	479	— 28
Erziehung	869	392	1261	1017	+ 74
Kirchen	488	2	490	489	+ 5
Bau u. Eisenbahn	618	27	645	633	+ 16
Forsten	244	16	260	165	+ 8
Landwirtschaft . .	188	98	286	283	+ 5
Militär	203	19	222	221	+ 15
Fürsorge	109	94	203	203	+ 3
Gemeinde	7	3	10	9	— 1
Gesundheitswesen	630	758	1388	1326	+ 11
Total	5691	1969	7660	7169	+195

Die grössten Veränderungen im Personalbestand erklären sich wie folgt:

Erziehungsdirektion (+74): Eröffnung des Seminars in Langenthal, Stellenvermehrungen an der Universität.

Polizeidirektion (+67): Vergrösserung des Polizeikorps, Stellenvermehrungen beim Strassenverkehrsamt und bei andern Abteilungen.

Finanzdirektion (—28): Vorübergehende Abnahme bei der Steuerverwaltung im Zusammenhang mit den Veranlagungsarbeiten.

B. Versicherungskasse

Wie im Verwaltungsbericht für das Jahr 1961 ausgeführt worden ist, fielen ab 1. Januar 1962 die Orts- und Familienzulagen für die Versicherung ausser Betracht. Die Vorarbeiten für eine grundlegende Überprüfung der Versicherungskassen-Verhältnisse im Hinblick auf einen eventuellen Einbau der Teuerungszulagen in die versicherten Besoldungen und spätere Revisionen der AHV- und IV-Renten wurden weitergeführt.

Wie für das aktive Staatspersonal beschloss der Grosse Rat am 15. November 1962 auch für die Rentenbezüger eine Erhöhung der Teuerungszulage von 8% auf 11,5% für das Jahr 1962 und auf 12,5% ab 1. Januar 1963.

Jahresrechnung 1962

Rentenversicherung	Fr.
Einnahmen inkl. ausstehende Beiträge	22 763 735.10
Ausgaben	12 067 605.—
Einnahmenüberschuss 1962	10 696 130.10
Kapitalrechnung:	
Kapitalbestand am 31. Dezember 1962	186 107 037.55
Kapitalbestand am 31. Dezember 1961	175 410 907.45
Kapitalvermehrung 1962	10 696 130.10

Sparversicherung

Einnahmen inkl. ausstehende Beiträge	2 881 095.65
Ausgaben	1 163 065.60
Einnahmenüberschuss 1962	1 718 030.05
Kapitalrechnung:	
Kapitalbestand am 31. Dezember 1962	19 062 002.20
Kapitalbestand am 31. Dezember 1961	17 343 972.15
Kapitalvermehrung 1962	1 718 030.05

Sparkasse

Einnahmen	338 070.75
Ausgaben	96 992.95
Einnahmenüberschuss 1962	241 077.80
Kapitalrechnung:	
Kapitalbestand am 31. Dezember 1962	2 021 839.60
Kapitalbestand am 31. Dezember 1961	1 780 761.80
Kapitalvermehrung 1962	241 077.80

Unterstützungskasse		Fr.
Einnahmen		12 730.50
Ausgaben		13 794.40
<i>Ausgabenüberschuss 1962</i>		1 063.90
Kapitalrechnung:		
Kapitalbestand am 31. Dezember 1962		247 163.90
Kapitalbestand am 31. Dezember 1961		248 227.80
<i>Kapitalabnahme 1962</i>		1 063.90

Es wird im übrigen auf den ausführlichen Jahresbericht der Versicherungskasse verwiesen.

C. Zweigstelle Staatspersonal der Ausgleichskasse des Kantons Bern

Die auf den 1. Juli 1961 in Kraft getretene 5. AHV-Revision hat sich im Geschäftsjahr der Zweigstelle Staats-

personal (1. Februar 1962–31. Januar 1963) voll ausgewirkt, wodurch die Rentenzahlungen den Betrag von Fr. 4 674 545.— erreichten. Die Gesamtausgaben für Renten und Erwerbsausfallentschädigungen sowie eidgenössische und kantonale Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer betragen Fr. 5 315 044.40, denen Einnahmen an Beiträgen und Verwaltungskosten von Fr. 7 910 716.48 gegenüberstehen. Der Hauptkasse konnten Fr. 2 575 000.— abgeliefert werden, die ihrerseits der Zweigstelle einen Verwaltungskostenbeitrag von Fr. 84 968.45 ausrichtete.

Die dem Staat im Jahre 1962 vergüteten Erwerbsausfallentschädigungen sowie eidgenössische und kantonale Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer erreichten den Betrag von Fr. 507 598.25, und der kantonalen Fürsorgedirektion konnten an ordentlichen und ausserordentlichen Renten für die von ihr unterstützten Berechtigten Fr. 577 756.90 überwiesen werden.

Die Zweigstelle wurde im Berichtsjahr durch die von der Hauptkasse beauftragte Revisionsstelle geprüft. Ausserdem fand eine Arbeitgeberkontrolle, die letzten 5 Beitragsjahre umfassend, statt. Die entsprechenden Berichte geben zu keinen besondern Bemerkungen Anlass.

VI. Liegenschaftsverwaltung

In Fortsetzung der vorsorglichen Landbeschaffung für das Nationalstrassennetz wurden auch im Berichtsjahr 1962 25 Kaufverträge abgeschlossen, durch die eine weitere Fläche von rund 550 000 m² in den verschiedenen Gegenden des Kantons sichergestellt werden konnte. Trotz den stets steigenden Landpreisen bewegen sich die

Kaufpreise für diese Landkäufe immer noch in vernünftigem Rahmen; allerdings konnten die Ansätze der früheren Jahre nicht mehr durchwegs gehalten werden.

Die nachstehende Übersicht orientiert über Umfang und Verteilung der im Jahre 1962 getätigten Landkäufe.

Datum	Verkäufer	Gemeinde	Halt: Aren	Beschrieb
21. 2. 1962	Geschw. Kunz	Utzenstorf	60,89	1 Landparzelle
9. 3. 1962	Société Usine à gaz S. A.	Neuenstadt	15,68	Gaswerk
19. 3. 1962	Ernst Hofer	Rapperswil	1918,62	Heimwesen, 13 Land- und 4 Waldparzellen
20. 3. 1962	Ed. Helfer und Konsorten	Köniz	31,84	1 Landparzelle
23. 3. 1962	J. und M. Bütikofer	Utzenstorf	105,77	1 Landparzelle
28. 3. 1962	Hans Bolliger	Lyss	202,96	1 Landparzelle
25. 4. 1962	Samuel Brunner	Wileroltigen	278,73	Heimwesen, 7 Land- und 3 Waldparzellen
8. 5. 1962	Fritz Elser	Bönigen	18,00	2 Landparzellen
18. 6. 1962	Geschw. Broquet	Delsberg	90,99	1 Landparzelle
9. 7. 1962	Rosa Urwyler	Wileroltigen	19,23	1 Landparzelle
19. 7. 1962	Friedr. Pfäffli	Utzenstorf	65,33	1 Landparzelle
19. 7. 1962	Joh. Rothenbühler	Utzenstorf	37,84	1 Landparzelle
24. 7. 1962	Anna Graber	Meiringen	54,59	1 Landparzelle
3. 8. 1962	Geschw. Rais	Delsberg	83,37	1 Landparzelle
29. 8. 1962	Alfred Thomi	Ferenbalm	305,28	Heimwesen, 9 Land- und Waldparzellen
17. 9. 1962	Marie Ory	Develier	94,62	1 Landparzelle
24. 9. 1962	René Kohler	Courendlin	8,44	2 Landparzellen
24. 9. 1962	Werner Ryf	Courendlin	39,89	1 Landparzelle
12. 10. 1962	Ernst Kessler	Köniz	489,40	Heimwesen und 1 Landparzelle

Datum	Verkäufer	Gemeinde	Halt: Aren	Beschrieb
30. 10. 1962	Rosa Hänni	Wiedlisbach	221,85	1 Landparzelle
3. 11. 1962	Ernst Fankhauser	Niederösch	1049,38	2 Landparzellen
4. 12. 1962	Ernst Flück	Bönigen	6,00	Wohnhaus mit Scheune
13. 12. 1962	Hand Rud. Felber	Oberbipp	239,93	5 Landparzellen
20. 12. 1962	Mina Moser	Neuenstadt	18,27	1 Landparzelle
20. 12. 1962	Adolf Schnydrig	Spiez	43,74	1 Landabschnitt

Die bisher bezahlten Kaufpreise wurden gestützt auf den Grossratsbeschluss vom 11. November 1957 über Sonderkredite verbucht. Der Bund hat einen neuen Zahlungsmodus eingeführt, indem die Kaufpreise in Zukunft von ihm direkt bezahlt werden und der Kanton nun mit den ihm nach Abzug des Bundesbeitrages auffallenden Anteilen belastet wird. In Ergänzung der dem letzten Bericht angefügten Übersicht mögen folgende Zahlen von Interesse sein:

Ankäufe 1958	321 982 m ²
Ankäufe 1959	420 601 m ²
Ankäufe 1960	599 023 m ²
Ankäufe 1961	632 287 m ²
Ankäufe 1962	550 064 m ²
Total	2 523 957 m ²

oder rund 700 Jucharten. Von dieser Fläche wurden im Bereich der Strecke Bern-Kantonsgrenze Solothurn im Rahmen von Güterzusammenlegungen für den Bau der Nationalstrasse 1 oder zur Leistung von Realersatz ca. 1,2 Millionen Quadratmeter verwendet.

Neben diesen Autobahnlandkäufen sind im Berichtsjahr durch die Liegenschaftsverwaltung eine ganze Reihe weiterer Handänderungen getätigt worden, wobei in erster Linie der Verkauf der im Jahre 1956 erworbenen fünf Heimwesen in den Freibergen an die Schweizerische Eidgenossenschaft zu erwähnen ist. Dieser Verkauf bildete Gegenstand von zum Teil heftigen Polemiken. Im weitern sei ein Landverkauf für Fr. 270 000.— für Schulzwecke an die Gemeinde Köniz erwähnt, dem eine gewisse symptomatische Bedeutung zukommt, denn im Berichtsjahr sind weitere sehr massive Landbegehren von seiten von Gemeinden für Schul- und Friedhofzwecke geltend gemacht worden, die deutlich zeigen, welchem Druck der staatliche Grundbesitz, insbesondere in der Umgebung von Bern, ausgesetzt ist. Die Finanzdirektion ist bestrebt, diese Amputationen, soweit sie überhaupt für die betroffenen Domänen noch verantwortet werden können, durch entsprechende Zukäufe und Arrondierungen auszugleichen, was aber in Stadtnähe immer schwieriger wird und dazu zwingt, derartige Ersatzkäufe auf das ganze Kantonsgebiet auszudehnen.

Zum Abschluss mögen noch einige Hinweise auf die staatlichen Rebgebiete von Interesse sein.

Die Spiezerreben, die durch Zukauf von drei weitem Parzellen eine Vergrösserung um 37,39 Aren erfahren haben, ergaben im Berichtsjahr einen um 6000 kg höheren Traubenretrag als im Vorjahr, nämlich 19 280 kg, was einem Reinertrag von Fr. 6500.— entspricht, wovon allerdings ca. Fr. 2500.— für neue Anpflanzungen aufgewendet werden mussten.

Diesem relativ günstigen Ergebnis steht ein geringerer Ertrag der Neuenstadterreben gegenüber, die im Be-

richtsjahr lediglich einen Ertrag von 4985 kg gegen 6700 kg im Vorjahr ergaben, was einen Ausgabenüberschuss von Fr. 3100.— zur Folge hatte.

Beide Weine sind aber dank der günstigen Witterung während der Reifezeit von sehr guter Qualität.

Die nachstehende Übersicht vermittelt ein genaues Bild über die im Berichtsjahr stattgefundenen Flächenmutationen.

A. Ankäufe

1. *Amt Bern.* Im Hinblick auf den Abbruch und Wiederaufbau des Wohnhauses mit Verkaufsladen der Molkereischule Rütli in Zollikofen wurde von der Solothurn-Zollikofen-Bern-Bahn deren Wartehalle in Unterzollikofen zum Preise von Fr. 10 000.— erworben. Diese dient während des Umbaues als provisorisches Verkaufslokal.

Ebenfalls in Zollikofen wurde von Alfred Jost zum Zwecke der Grenzberichtigung einer Parzelle der landwirtschaftlichen Schule Rütli ein Abschnitt von 28 m² Land zum Preise von Fr. 280.— erworben.

2. *Amt Delsberg.* In Delsberg erwarb der Staat von Frau N. Jobin und Konsorten deren Wohnhaus beim dortigen Bezirksgefängnis mit einem Halt von 105 m² und einer amtlichen Schätzung von Fr. 40 900.— zum Preise von Fr. 60 000.—, zum Zwecke der Arrondierung der Amthausliegenschaft.

3. *Amt Eriach.* Zur Arrondierung der Domäne des Erziehungsheimes Erlach ist dort von der Erbegemeinschaft Ernst Hartmann eine Landparzelle von 5,87 a und einem amtlichen Wert von Fr. 210.— zum Preise von Fr. 7044.— angekauft worden.

Zum gleichen Zwecke wurde für die Arbeitsanstalt St. Johannsen vom Verein Bethesda in Tschugg eine in Gals gelegene Landparzelle von 19,99 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 580.— zum Preise von Fr. 3500.— erworben.

4. *Amt Niedersimmental.* Zuhanden der Bergbauernschule Hondrich und zur Verhinderung einer unerwünschten Überbauung sind in dieser Ortschaft folgende Grundstücke gekauft worden: von der Erbegemeinschaft der Frau M. A. Stalder 25,91 a mit $\frac{1}{2}$ Scheune, mit einem amtlichen Wert von Fr. 1640.— zu Fr. 35 000.—; von Frau Susanna Schneider 116,19 a mit $\frac{1}{2}$ Scheune, mit einem amtlichen Wert von Fr. 6550.— zum Preise von Fr. 200 000.—; von Hans Lehnher zwei Grundstücke von zusammen 18,42 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 790.— zum Preise von Fr. 32 000.—; von Frau Elise Lörtscher eine Parzelle von 26,59 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 1200.— zum Preise von Fr. 48 000.—; in Spiez, zur Arrondierung der Liegenschaft «Kirschgarten» von der Erbegemeinschaft der Frau Dr. Schiess, eine Rebparzelle von 12,40 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 2780.— zum Preise von Fr. 60 000.—.

B. Verkäufe und Abtretungen

1. *Amt Bern.* Vom Schlossgut in Köniz sind der dortigen Einwohnergemeinde für Schulhauszwecke 38,88 a Land mit einem amtlichen Wert von Fr. 1400.— zum Preise von Fr. 272 160.— verkauft worden.

In Zollikofen ist an die Einwohnergemeinde für eine Wegkorrektur ein Terrainabschnitt der landwirtschaftlichen Schule Rütli von 13 m² zu Fr. 104.— und der gleichen Gemeinde für die Korrektur der «Länggasse» verschiedene Abschnitte von total 908 m² mit einem amtlichen Wert von Fr. 370.— abgetreten worden. Anstelle eines Kaufpreises wurde seitens der Gemeinde auf die Geltendmachung eines Anstösserbeitrages an die Korrektorkosten verzichtet.

2. *Amt Freiberge.* In Montfaucon ist zusammen mit den andern Jurahöfen in Lajoux und Les Genevez der Hof «Sous la Côte» mit einem Halt von 112 ha 95 a 68 m² und einem amtlichen Wert von Fr. 345 480.—, zum Preise von Fr. 2 430 000.— für sämtliche Liegenschaften, an die Schweizerische Eidgenossenschaft verkauft worden.

3. *Amt Konolfingen.* Für die Erweiterung des Friedhofes in Münsingen traten wir eine zur Domäne der landwirtschaftlichen Schule Schwand gehörende Landparzelle von 22,63 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 860.— der Kirchgemeinde zum Preise von Fr. 22 630.— ab.

4. *Amt Münster.* Der Schweizerischen Eidgenossenschaft sind die in den Gemeinden Lajoux und Les Genevez gelegenen Höfe im Totalhalte von 176 ha 13 a 74 m² mit einem amtlichen Wert von Fr. 491 480.— zusammen mit jenem der Gemeinde Montfaucon zum Totalpreise von Fr. 2 430 000.— verkauft worden.

5. *Amt Obersimmental.* In Boltigen veräusserten wir an Hans Reber, Hotelier, die Liegenschaft «Villa Imobersteg» mit einem Halt von 15,47 a und einem amtlichen Wert von Fr. 51 600.— zum Preise von Fr. 90 000.—.

6. *Amt Trachselwald.* Vom Pfrundgut in Rüegsau ist der dortigen Kirchgemeinde für die Erstellung einer Leichenhalle mit Remise und WC-Anlage beim Friedhof ein Abschnitt von 102 m² zum Preise von Fr. 408.— abgetreten worden.

C. Abtausche

1. *Amt Bern.* In Bolligen tauschten wir an die Firma Refresca AG eine Parzelle von 7,43 a gegen eine solche von 4,23 a ab. Für den Mehrwert der abgetretenen Parzelle zahlte die Firma einen Aufpreis von Fr. 24 000.—.

Ebenfalls in Bolligen tauschten wir an Alfred Gäng zwei Parzellen im Totalhalte von 55 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 1920.— gegen eine solche von 32,63 a mit einer amtlichen Schätzung von Fr. 1240.— wertgleich ab.

2. *Amt Erlach.* In Erlach wurden zwecks Arrondierung einer Anstaltsparzelle 124 m² Land gegen ein gleich grosses Stück wertgleich abgetauscht.

3. *Amt Thun.* Von einer Parzelle der Bonstetten-Besitzung in Gwatt/Thun sind dem Fritz Michel 54 m² mit einem amtlichen Wert von Fr. 320.— gegen 102 m² mit einem amtlichen Wert von Fr. 280.— abgetauscht worden. Für den Mehrwert des abgetretenen Abschnittes zahlte F. Michel Fr. 2880.—, wovon Fr. 1440.— dem Staat zukamen.

Übersicht über den Liegenschaftsverkehr**Zuwachs durch Ankäufe (exklusive National- und Hauptstrassen) und Abtausche**

Amtsbezirke	Gebäude		Erdreich		Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
	Zahl	ha	a	m ²		
Bern	1		37	90	3 210.—	10 280.—
Delsberg	1		1	05	40 900.—	60 000.—
Erlach	—		27	10	1 530.—	10 544.—
Niedersimmental	1	1	99	51	12 960.—	375 000.—
Thun	—			54	320.—	—
	3	2	66	10	58 920.—	455 824.—

Abgang durch Verkäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude		Erdreich		Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
	Zahl	ha	a	m ²		
Aarwangen	—	—	—	69	410.—	—.—
Bern	—	1	10	52	4 040.—	296 264.—
Erlach	—	—	1	24	100.—	—.—
Freiberge	9	112	95	68	345 480.—	2 430 000.—
Interlaken	—	—	2	14	110.—	985.—
Konolfingen	—	—	22	63	860.—	22 630.—
Münster	17	176	13	74	491 480.—	—.—
Obersimmental	1	—	15	47	51 600.—	90 000.—
Thun	—	—	2	53	320.—	3 345.—
Trachselwald	—	—	1	02	40.—	408.—
	27	290	65	66	894 440.—	2 843 632.—

				Kaufpreis Fr.
<i>Seegrundverkäufe</i>				
Thunersee.	Einigen	7 m ²	Dr. med. W. Stähli, Thun	Tausch
	Leissigen.	<u>107 m²</u>	Dr. Spreng, Bern.	<u>535.—</u>
		<u>114 m²</u>		<u>535.—</u>

Ausweis über die Veränderungen

	Erdreich			Amtlicher Wert
	ha	a	m ²	Fr.
Stand der Domänen am 31. Dezember 1962	3639	50	79	169 532 566.—
a) Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche gemäss Aufstellung	2	66	10	58 920.—
b) Neu- und Nachschätzungen	—	—	—	2 650 250.—
c) Zuwachs durch ordentliche Berichtigungen		4	57	232 500.—
Verminderungen im Jahr 1962:				
a) durch Verkäufe und Tausche gemäss Aufstellung	290	65	66	894 440.—
b) durch Minderschätzungen und Abgänge		13	58	336 350.—
c) durch Übertragung an die Kantonale Forstdirektion	2	71	50	7 060.—
Stand der Domänen am 31. Dezember 1962	<u>3348</u>	<u>70</u>	<u>72</u>	<u>171 236 386.—</u>
Der Reinertrag der Domänen belief sich im Berichtsjahr auf				167 926.05
Im Voranschlag waren vorgesehen (exklusive Domänen-An- und Verkäufe)				<u>166 147.—</u>
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag				<u>1 779.05</u>
Dieser Mehrertrag ergibt sich aus:				Fr.
Mehreinnahmen				169 256.35
Mehrausgaben.				<u>167 477.30</u>
				<u>1 779.05</u>

VII. Statistisches Bureau

Am 1. Oktober 1962 trat als Adjunkt Herr Dr. rer. pol. zwei Privatbetrieben als Betriebs- und Lochkarten-
Rolf Bächtold in das Statistische Bureau ein, nachdem er statistiker tätig gewesen war.
früher hier als wissenschaftlicher Assistent, seither in

1. Bevölkerungsbewegung

Geburten, Sterbefälle, Wanderungssaldi und Bevölkerungsstand zeigen seit dem Jahre 1930 folgende Entwicklung:

Jahr	Lebend- geborene	Sterbe- fälle	Geburten- überschuss	Wanderungs saldo	Wohnbevölkerung auf Jahresende	
					Kanton Bern	Schweiz
1930-1941.	124 450	86 905	37 545	+ 2 597		
1941-1950.	139 177	73 802	65 375	+ 7 652		
1951	14 655	8 123	6 532		811 000	4 780 000
1952	14 829	7 969	6 860		823 100	4 850 000
1953	14 801	8 237	6 564		831 700	4 905 000
1954	14 722	8 084	6 638		836 800	4 952 000
1955	14 756	8 417	6 339		842 500	5 008 000
1956	15 126	8 617	6 509		851 100	5 081 000
1957	15 060	8 342	6 718		862 500	5 171 000
1958	15 324	8 218	7 106		869 400	5 226 000
1959	15 251	8 370	6 881		876 900	5 292 000
1960	15 430	8 725	6 705		889 900	5 432 000
1950-1960.	150 056	83 011	67 045	+ 20 535		
1961	15 874	8 436	7 438		892 000	5 481 000 ¹⁾
1962 (prov.)	16 381	8 919	7 462		906 000	5 608 000 ¹⁾

¹⁾ Wanderungsverlust bis Jahresende berücksichtigt

2. Wohnungsproduktion

Die Zahlen der folgenden Statistik über die 179 Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern wurden durch das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, die 313 kleineren Gemeinden durch das Statistische Bureau des Kantons Bern ermittelt:

Neuerstellte Wohnungen in Gemeinden:

Jahres- ende	mit mehr als 2000	mit 1000-2000	mit weniger als 1000	Total Kanton Bern 492 Gemeinden
	Einwohnern 83 Gemeinden	Einwohnern 96 Gemeinden	Einwohnern 313 Gemeinden	
Eingeteilt nach Volkszählung 1950				
1952 . . .	3034	432	522	3988
1953 . . .	3101	427	437	3965
1954 . . .	4283	510	329	5122
1955 . . .	4712	607	481	5800
1956 . . .	4278	576	451	5305
1957 . . .	4177	560	497	5234
1958 . . .	3132	414	392	3938
1959 . . .	4456	448	450	5354
1960 . . .	5608	848	578	7034

Jahres- ende	mit mehr als 2000	mit 1000-2000	mit weniger als 1000	Total Kanton Bern 492 Gemeinden
	Einwohnern 83 Gemeinden	Einwohnern 96 Gemeinden	Einwohnern 313 Gemeinden	
Eingeteilt nach Volkszählung 1960				
1961 . . .	6153	871	571	7595
1962 . . .	5322	725	902	6949

Die 83 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern hatten am 1. Dezember 1960 612 656 Einwohner. Ihnen stand Ende 1962 folgender Wohnraum zur Verfügung:

Jahr	Gesamtbestand an Wohnungen	Leerstehende absolut	Wohnungen in %
1950	145 365	916	0,63
1951	153 612	631	0,41
1952	157 055	296	0,19
1953	159 203	328	0,21
1954	162 882	477	0,29
1955	167 464	724	0,43
1956	171 142	796	0,47
1957	175 192	461	0,26
1958	177 702	300	0,17
1959	181 678	529	0,29
1960	185 699	1391	0,75
1961	191 926	742	0,39
1962	195 457	412	0,21

3. Schulhausbausubventionen

Das Statistische Bureau behandelt normalerweise nur die Fälle, welche einen ordentlichen Staatsbeitrag von über 25% auslösen und innerhalb der 20 bzw. 22 ersten Besoldungsbeitragsklassen liegen. Im vergangenen Jahr wurden 83 derartige Gesuche und Voranfragen geprüft, die sich nach Prozenten des zugesicherten Staatsbeitrages wie folgt verteilen:

Staatsbeitrag %	Anzahl Schulgemeinden	
	1961	1962
bis 29,5	1	2
30-39,5	13	15
40-49,5	13	30
50-59,5	20	18
60-69,5	10	13
70-75	1	5
Total	58	83

Für diese Bauten ergab sich 1962 bei 78 Schulgemeinden die Berechtigung zu zusätzlichen Beiträgen verschiedener Art, nämlich in

- 46 Fällen wegen starker Dezentralisation des Schulwesens und damit verbundener relativ höherer Belastung der Gemeinden;
- 59 Fällen wegen Abwanderungsverlusten der Wohnbevölkerung;
- 10 Fällen wegen besonderer Finanzschwäche der Gemeinden, welche in die 1. und 2. Besoldungsbeitragsklasse eingereiht sind.

Die veranschlagten Kosten der überprüften Gesuche beliefen sich auf Fr. 52 238 968.—, wovon Franken 45 131 171.— subventionsberechtigt waren. Die an diese Summe zugesicherten ordentlichen und zusätzlichen Beiträge machen Fr. 17 350 062.— aus und betragen im Mittel der behandelten Fälle 38,4%. Dazu kommen für Fr. 77 593.— ausserordentliche Beiträge und für Franken 389 792.— Beiträge aus dem Fonds für Turn- und Sportwesen.

Insgesamt, das heisst für die von der Erziehungsdirektion im Jahr 1962 erledigten 250 Gesuche aller 38 Besoldungsbeitragsklassen, belaufen sich die zugesicherten ordentlichen und zusätzlichen Beiträge auf Franken 17 820 876.—; die ausserordentlichen Beiträge erreichen Fr. 222 751.— und die Beiträge aus dem Fonds für Turn- und Sportwesen Fr. 646 916.—.

4. Beschäftigungsgrad der Industrie und des Baugewerbes

Die Zahl der Beschäftigten der einzelnen Branchen wird für die Berechnung eines Durchschnittes nach Massgabe ihrer Bedeutung für die bernische Volkswirtschaft berücksichtigt. Für die Indexberechnung ist der Jahresdurchschnitt 1944 gleich 100 gesetzt. Darnach betrug der Beschäftigungsgrad je auf Quartalsende: siehe Tabelle nächste Seite.

Der gewogene Gesamtindex für Industrie und Baugewerbe hat sich Ende 1962 gegenüber dem vierten Quartal 1961 um 9,4 Indexpunkte verbessert. Setzt man den Jahresdurchschnitt von 1944 gleich 100, so ergibt sich je am Ende des vierten Quartals folgender Gesamtindex:

1944 = 103,9	1953 = 128,0
1945 = 112,7	1954 = 129,7
1946 = 129,4	1955 = 132,6
1947 = 131,3	1956 = 138,2
1948 = 128,5	1957 = 143,3
1949 = 115,8	1958 = 135,7
1950 = 121,7	1959 = 136,8
1951 = 132,0	1960 = 144,3
1952 = 128,3	1961 = 154,2
	1962 = 163,6

Beschäftigungsgrad der Industrie und des Baugewerbes

Gewerbebezüge	Gewichtung	1961 Quartale				1962 Quartale			
		I	II	III	IV	I	II	III	IV
Textilindustrie	4	128	127	129	131	130	132	128	130
Kleidung, Ausrüstung, Schuhe	5	116	117	117	117	120	118	117	122
Nahrungsmittel, Genussmittel	11	119	123	129	125	124	125	129	129
Chemische Industrie	2	161	162	160	156	160	160	162	163
Papier, Leder, Kautschuk	2	135	139	136	137	141	142	144	152
Graphisches Gewerbe	5	181	187	186	187	186	189	190	201
Holzbearbeitung	7	123	130	129	127	122	125	126	129
Maschinen, Apparate, Metalle	27	204	211	217	219	223	222	224	227
Uhren, Bijouterie	16	123	126	128	131	133	134	135	137
Steine und Erden	3	127	129	132	131	134	136	136	144
Alle Industrien, gewogen	82	153,9	158,5	161,6	162,1	163,7	164,2	165,6	168,8
Baugewerbe	18	169	198	195	118	179	218	211	140
Gewogener Gesamtindex	100	156,6	165,6	167,6	154,2	166,4	173,9	173,7	163,6

Der Beschäftigungsgrad der befragten Firmen darf im allgemeinen als sehr gut bezeichnet werden.

5. Gemeindeaufwand für Strassen und Brücken

In Verbindung mit der Erhebung über die Gemeindesteuern liess sich der Aufwand der Gemeinden für den Unterhalt und den Bau von Strassen und Brücken wie folgt feststellen:

	1959 Fr.	1960 Fr.	1961 Fr.
Barleistungen	42 380 040	43 644 560	52 516 410
Naturalleistungen (unbezahltes Gemein- dewerk)	609 363	574 426	616 957
Gesamtaufwand	42 989 403	44 218 986	53 133 367

Dieser Aufwand wurde gedeckt durch:

	1959 Fr.	1960 Fr.	1961 Fr.
Beiträge von Bund und Kanton	2 922 965	3 471 553	3 164 054
Beiträge von andern Gemeinwesen	214 136	302 567	342 913
Beiträge von Pri- vaten	2 037 348	2 177 513	2 452 840
Netto-Aufwand der Gemeinden und ihrer Unterabtei- lungen	37 814 954	38 267 353	47 173 560
Total wie oben	42 989 403	44 218 986	53 133 367

Der Gesamtaufwand zeigt weiterhin steigende Tendenz. Der Anteil der Gemeinden (Netto-Aufwand) ist absolut und pro Kopf der geschätzten Wohnbevölkerung der folgende:

Jahr	Netto-Aufwand der Gemeinden Je Kopf der geschätzten Wohn- bevölkerung	
	Absolut Fr.	Fr.
1928/1932	10 035 440	14.51
1933/1937	8 293 673	11.48
1938/1942	6 649 219	9.11
1943/1947	10 550 379	13.89
1948/1952	20 633 680	25.58
1952	22 834 062	27.74
1953	25 458 175	30.61
1954	25 428 110	30.39
1955	29 243 790	34.71
1956	30 566 606	35.91
1957	35 783 687	41.49
1958	35 061 303	40.33
1959	37 814 954	43.12
1960	38 267 353	43.—
1961	47 173 560	52.19

Nach Ämtern geordnet, hatten die Gemeinden für ihre Strassen (ohne Strassen der Allmend- und Flurgenossenschaften und Privatwege) folgende Beiträge aufzubringen:

	1959 Fr.	1960 Fr.	1961 Fr.
Aarberg	964 110	1 226 496	1 245 164
Aarwangen	1 352 286	1 038 922	1 193 950
Bern	9 122 136	10 889 407	14 646 707
Biel	3 621 506	3 997 617	3 979 480
Büren	645 355	589 389	805 466
Übertrag	15 705 393	17 741 831	21 870 767

	1959 Fr.	1960 Fr.	1961 Fr.
Übertrag	15 705 393	17 741 831	21 870 767
Burgdorf	1 490 883	1 221 540	1 884 994
Courtelary	1 548 659	1 310 782	1 611 965
Delsberg	746 923	782 827	1 001 483
Erlach	341 596	154 570	189 232
Freibergen	436 012	286 914	395 257
Fraubrunnen	426 575	690 305	675 371
Frutigen	624 764	700 778	807 214
Interlaken	1 109 177	1 423 028	1 502 542
Konolfingen	1 012 126	1 164 123	2 164 325
Laufen	393 999	235 047	364 074
Laupen	362 629	473 347	948 547
Münster	1 615 423	1 567 230	2 150 795
Neuenstadt	225 968	197 599	268 306
Nidau	1 281 773	1 185 926	1 427 971
Oberhasli	249 756	231 719	495 308
Pruntrut	851 232	652 930	1 040 294
Saanen	487 188	398 562	397 007
Schwarzenburg	236 704	438 460	370 559
Seftigen	614 481	726 348	791 808
Signau	663 937	887 134	1 032 493
Niedersimmental	598 696	644 297	919 448
Obersimmental	302 473	167 651	243 300
Thun	4 766 909	3 554 655	3 423 382
Trachselwald	974 765	770 000	690 984
Wangen	746 913	659 750	506 134
Total	37 814 954	38 267 353	47 173 560

Die Erhebung soll durch diejenige des Bundes über die Strassenkostenrechnung ersetzt werden.

6. Rechnungsergebnisse der Gutsbetriebe staatlicher Anstalten des Kantons Bern

Die Ergebnisse bis zum Jahre 1962 sind folgende:

a) Umfang der Untersuchung

Jahr	Zahl der Betriebe	Kulturfläche in ha	
		Total	davon Wald
1952	20	2700	151
1953	21	2731	156
1954	21	2730	156
1955	21	2731	150
1956	21	2719	151
1957	21	2695	151
1958	21	2688	151
1959	21	2663	151
1960	21	2675	155
1961	21	2677	170
1962	21	2677	155

Das bewirtschaftete Areal ist unter Berücksichtigung der Ertragsfähigkeit reduziert. Die Reduktionsmassstäbe bleiben für die ganze Zeit die gleichen. Von jedem Gutsbetrieb wurden die unproduktiven Bodenflächen, wie

Strassen, Wege, Gebäudeplätze, Parkplätze, Bauplätze, Bäche sowie verpachtete Kiesgruben usw., ermittelt und von den Betriebsflächen abgezogen. Die Berechnungen der Hektarenerträge wurden auf Grund der Kulturflächen vorgenommen.

b) Die Inventarwerte des Pächterkapitals

betragen für alle Staatsbetriebe auf den 31. Dezember zusammengefasst:

Jahr	Absolut Fr.	Je ha mit Wald Fr.
1960	5 598 905	2093
1961	5 764 999	2154
1962	5 892 281	2201

c) Erträge, Aufwand und «Überschuss»

Die Gutsbetriebe lieferten folgende Resultate je Jahr:

aa) absolute Zahlen:

Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	«Überschuss» Fr.
1960	6 515 753	6 067 151	448 602
1961	6 779 977	5 905 860	874 117
1962	6 985 090	6 580 142	404 948

bb) je Hektar Kulturfläche:

1960	2 436	2 268	168
1961	2 533	2 206	327
1962	2 609	2 458	151

Der «Überschuss» ist leider wiederum stark zurückgegangen.

Die Erträge der einzelnen Betriebszweige sind:

aa) absolute Zahlen:

	Erträge		
	1960 Fr.	1961 Fr.	1962 Fr.
Rindvieh:			
– Tiere	899 109	1 021 191	903 441
– Milch	1 428 504	1 444 728	1 495 981
Schweinehaltung	1 001 594	1 082 181	1 212 483
Übriger Tierbestand:			
Pferde, Geflügel usw.	235 907	238 933	249 496
Landwirtschaftliche Produkte	2 573 910	2 630 266	2 746 538
Verschiedenes	376 729	362 678	377 151

bb) je Hektar Kulturfläche:

Rindvieh:			
– Tiere	336	381	337
– Milch	534	540	559
Schweinehaltung	375	404	453
Übriger Tierbestand:			
Pferde, Geflügel usw.	88	90	93
Landwirtschaftliche Produkte	962	983	1 026
Verschiedenes	141	135	141

Die Rothertragskonten zeigen, ausser beim Rindvieh, meist höhere Ziffern. Es stehen jedoch die einzelnen Aufwandgruppen fast durchwegs spürbar höher:

aa) absolute Zahlen:	Aufwand		
	1960 Fr.	1961 Fr.	1962 Fr.
Pachtzinse	314 828	309 348	309 278
Besoldungen und Löhne	2 858 277	2 893 152	3 308 225
Gebäudeunterhalt . . .	233 178	174 081	188 439
Maschinen und Geräte .	513 918	466 485	536 895
Düngemittel.	253 550	260 756	266 048
Sämereien	243 514	243 304	235 141
Futtermittel.	849 281	818 854	911 826
Verschiedenes	800 605	739 880	824 290

bb) je Hektar Kulturlfläche:

Pachtzinse	118	115	115
Besoldungen und Löhne	1 068	1 081	1 236
Gebäudeunterhalt . . .	87	65	70
Maschinen und Geräte .	192	174	201
Düngemittel.	95	97	99
Sämereien	91	91	88
Futtermittel.	318	306	341
Verschiedenes	299	277	308

Die Aufwendungen für Besoldungen, Arbeitslöhne, Maschinen und Geräte haben sich gegenüber dem Vorjahr am stärksten erhöht.

d) Das volkswirtschaftliche Einkommen

zeigt in den untersuchten Betrieben folgende Verteilung:

aa) absolute Zahlen:

Jahr	Besoldungen und Arbeitslöhne	Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital und für unbezahlte Arbeit	Total volkswirtschaftliches Einkommen
	Fr.	Fr.	Fr.
1960 . .	2 858 277	763 430	3 621 707
1961 . .	2 893 152	1 183 465	4 076 617
1962 . .	3 308 225	714 226	4 022 451

bb) je Hektar Kulturlfläche:

1960 . .	1 068	286	1 354
1961 . .	1 081	442	1 523
1962 . .	1 236	267	1 503

Der Netto-Rothertrag (volkswirtschaftliches Einkommen) ergab gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um Fr. 20.— pro Hektare.

Der Ertragsanteil des Staates (Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital und für unbezahlte Arbeit = landwirtschaftliches Einkommen), umgerechnet mit dem Index der Konsumentenpreise, ergab je Hektar Kulturlfläche:

Jahr	Landwirtschaftliches Einkommen	Index der Konsumentenpreise	Wert gemessen mit dem Index der Konsumentenpreise (Realwert)	
	Fr.		Fr.	Index des Realwertes
1929/30	471	100	471	100,0
1954	507	148	343	72,8
1955	371	150	247	52,4
1956	197	152	130	27,6
1957	257	155	166	35,2
1958	257	157	164	34,8
1959	406	156	260	55,2
1960	286	159	180	38,2
1961	442	164	270	57,3
1962	267	170	157	33,3

Der Realwertverlust, der sich aus dem Vergleich mit dem Basisjahr 1929/30 ergibt, beträgt für das Berichtsjahr 67,7%.

e) Die Streubreite der Ergebnisse

Die Einzelergebnisse liegen weit auseinander. Besonders gross wird die Streuung, wenn man einzelne Aufwand- und Ertragspositionen vergleicht. Die Abschlüsse hinsichtlich des volkswirtschaftlichen Einkommens verteilen sich wie folgt:

Volkswirtschaftliches Einkommen per ha	Zahl der Betriebe					
	1957	1958	1959	1960	1961	1962
Bis 600 . .	2	1	2	1	1	2
601– 900 . .	3	4	2	4	2	2
901–1200 . .	3	3	4	2	3	2
1201–1500 . .	5	6	2	4	4	—
1501–1800 . .	3	1	5	3	4	5
über 1800 . .	5	6	6	7	7	10
Total	21	21	21	21	21	21

7. Viehzählungen

waren zwei in den repräsentativen Gemeinden durchzuführen. Die Frühjahrserhebungen lassen, im Vergleich mit den beiden Vollzählungen von 1956 und 1961, folgende Entwicklung der Bestände nachzeichnen:

Kantonsergebnisse der Aprilerhebungen

	1956 gezählt	1957	1958	1959	1960	1961 gezählt	1962
Pferde total	39 786	38 870	37 040	35 670	35 460	34 280	33 180
Rindvieh total	357 374	357 020	360 230	364 550	379 500	377 911	380 180
davon Kühe	181 830	178 740	179 450	183 400	188 900	190 245	191 000
Schweine	229 238	220 760	226 280	234 870	262 820	266 649	242 120
Hühner	1 291 372	1 227 176	1 321 670

Eine zusätzliche Frage bezog sich 1962 auf die vorhandenen Arbeitskräfte.

Am 20. November 1962 wurde in den 66 Testgemeinden eine Kontrollzählung der Schweinebestände durchgeführt. Sie diente zur Abklärung der Fleischversorgungs- und Marktverhältnisse.

8. Publikationen

a) Am 28. Mai 1962 erschien das Heft «Steuerkraft, Steuerbelastung und relative finanzielle Tragfähigkeit der bernischen Gemeinden im Steuerjahr 1960».

b) Die jährliche Übersicht über die von den Gemeinden und Kirchgemeinden für 1962 beschlossenen Steueranlagen konnte am 8. Oktober 1962 herausgegeben werden.

c) Die Nr. 45 der «Mitteilungen des Statistischen Bureaus», betitelt «Familienstatistik und Bevölkerungsvermehrung», machte sich die sippenweise Registratur der bernischen Heimatgemeinden zunutze. In fünf Gemeinden vermittelte die Entwicklung sämtlicher Bürgerfamilien bemerkenswerte Einsichten in die Vermehrungsgesetze der Bevölkerung.

d) Die Publikation Nr. 46 betraf die Grossratswahlen vom 6. Mai 1962 und stellte im Umfang von drei Gemeinde- und zwei Ämtertabellen die wichtigsten Ergebnisse nach Partei- und Kandidatenstimmen zusammen.

e) Es wurde eine repräsentativ vorgenommene Staatssteuerstatistik 1961/62 eingeleitet. Sie dient als Unterlage der Berechnungen für die kommende Steuergesetzrevision.

VIII. Staatsbanken

Wie üblich beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnungen, wie sie in den Berichten an den Regierungsrat niedergelegt sind. Wir verweisen im übrigen auf diese Berichte, die sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt worden sind.

A. Kantonbank

Rechnungsergebnis

Laut Gewinn- und Verlustrechnung setzt sich das Rechnungsergebnis für das Jahr 1962 aus folgenden Buchungen zusammen:

	Fr.
Ertrag an Zinsen, netto (einschliesslich 3 % Zins auf dem durchschnittlichen Wertschriftenbestand)	12 655 442.82
Kommissionen, netto	3 121 783.50
Ertrag des Wechselportefeuilles	2 696 564.92
Ertrag der Wertschriften, dauernden Beteiligungen und Syndikatsbeteiligungen	1 459 230.06
Ertrag der Liegenschaften	355 332.35
Verschiedenes	665 697.01
	<u>20 954 050.66</u>

Wovon abgehen:

	Fr.
Verwaltungskosten	14 208 987.09
Emissionskosten für feste Anleihe	100 503.65
Steuern und Abgaben	1 391 523.02

Verluste und Abschreibungen:

	Fr.
Verluste auf Kontokorrent-Vorschüssen, Darlehen u. Wechseln	13 912.45
Abschreibungen auf Mobiliar	221 301.30
Abschreibungen auf Bankgebäuden	145 300.—
Abschreibungen auf anderem Grundeigentum	2 037.90
Rückstellungen für besondere Risiken	—.—

	<u>382 551.65</u>		
Abzüglich Wiedereingänge	67 051.75	315 499.90	16 016 513.66
Jahreserträgnis			<u>4 937 537.—</u>

Verwendung:

1. 5 % Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 50 000 000.—	2 500 000.—		
2. Zuweisung an die ordentliche Reserve	1 000 000.—		
3. Zuweisung an die Baureserve	500 000.—		
4. Zuweisung an die Generalreserve für Risiken	937 537.—	4 937 537.—	

B. Hypothekarkasse

Rechnungsergebnis

	Fr.	Fr.
<i>Ertrag:</i>		
Saldovortrag vom Jahre 1961		121 230.08
Aktivzinsen: Hypothekaranlagen		32 948 102.50
Kontokorrent-Debitoren mit Deckung		672 477.17
Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung		230 477.75
Kontokorrent-Guthaben und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften		4 215 862.53
Bankdebitoren		340 466.10
Kommissionen: Ertrag der Provisionen		108 921.39
Ertrag der Wertschriften und dauernden Beteiligungen		2 466 118.46
Ertrag der Liegenschaft		133 772.15
		41 237 428.13
<i>Aufwand:</i>		
Passivzinsen: Anleihen	4 494 166.40	
Pfandbriefdarlehen	3 514 212.85	
Kassascheine und Obligationen	4 590 186.15	
Spareinlagen	6 209 526.89	
Spezialfonds	16 661 629.04	
Depositoren in Kontokorrent	503 633.40	
Kreditoren	88 949.40	
Kommissionen	20 792.70	36 083 096.83
		5 154 331.30
<i>Wovon abgehen:</i>		
Verwaltungskosten	1 451 087.15	
Steuern und Abgaben	993 223.91	
Beiträge	12 222.—	
Abschreibung auf Mobilien	14 957.40	2 471 490.46
		Reinertrag 2 682 840.84
<i>Verwendung:</i>		
1. Verzinsung des Dotationskapitals von 40 Millionen Franken zu 5 %		2 000 000.—
2. Zuweisung an den Reservefonds		300 000.—
3. Zuweisung an die Spezialreserve		200 000.—
4. Vortrag auf neue Rechnung		182 740.84
		2 682 740.84

Bern, den 4. Mai 1963.

Der Finanzdirektor:
Moser

Vom Regierungsrat genehmigt am 31. Mai 1963.

Begl. Der Staatsschreiber: **Hof**